

Buch, Claudia M. et al.

Research Report — Digitized Version

Die wirtschaftliche Lage Rußlands: Kurswechsel in der Stabilisierungspolitik. Siebenter Bericht, Teil I

Kieler Diskussionsbeiträge, No. 262

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Buch, Claudia M. et al. (1995) : Die wirtschaftliche Lage Rußlands: Kurswechsel in der Stabilisierungspolitik. Siebenter Bericht, Teil I, Kieler Diskussionsbeiträge, No. 262, ISBN 3894561092, Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/873>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

KIELER DISKUSSIONSBEITRÄGE

K I E L D I S C U S S I O N P A P E R S

262

Deutsches Institut für
Wirtschaftsforschung, Berlin

Institut für Weltwirtschaft
an der Universität Kiel

Institut für
Wirtschaftsforschung Halle

Die wirtschaftliche Lage Rußlands

Kurswechsel in der Stabilisierungspolitik

Siebenter Bericht, Teil I

Inhaltsverzeichnis

I. Aktuelle Wirtschaftsentwicklung	3
1. Produktion und Investitionen	3
2. Preisentwicklung.....	6
3. Arbeitsmarkt.....	7
4. Einkommensentwicklung der privaten Haushalte.....	7
II. Finanz- und Geldpolitik	10
1. Öffentliche Haushalte.....	10
2. Geld und Kredit	12
III. Außenwirtschaft.....	15
1. Zahlungsbilanz	15
2. Wechselkurspolitik.....	17
IV. Ordnungspolitik.....	18
V. Zusammenfassung.....	22
Literatur	26

Dieser Bericht wurde am 10. November 1995 abgeschlossen. Vom Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel haben Claudia M. Buch, Ralph P. Heinrich, Rolf J. Langhammer und Matthias Lücke mitgewirkt, vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung Herbert Brücker, Hella Engerer, Wolfram Schreitz, Mechthild Schrooten und Ulrich Weissenburger und vom Institut für Wirtschaftsforschung Halle Hubert Gabrisch, Thomas Linne, Thomas Meissner, Marianne Paasi, Peter Sigmund und Klaus Werner. Der Bericht wurde auch im DIW-Wochenbericht und in der IWH-Forschungsreihe veröffentlicht.

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

Die **wirtschaftliche Lage Russlands** / Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
... Kiel : Inst. für Weltwirtschaft

Bericht 1 u.d.T.: Die wirtschaftliche Lage Russlands und Weissrusslands

NE: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung <Berlin>

Bericht 7. Kurswechsel in der Stabilisierungspolitik. - Teil 1. - (1995)

(Kieler Diskussionsbeiträge ; 262)

ISBN 3-89456-109-2

NE: GT



Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel
D-24100 Kiel

Alle Rechte vorbehalten

Ohne ausdrückliche Genehmigung ist es auch nicht
gestattet, den Band oder Teile daraus
auf photomechanischem Wege (Photokopie, Mikrokopie) zu vervielfältigen
Printed in Germany
ISSN 0455 - 0 420

Seit 1992 berichten das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin, das Institut für Weltwirtschaft in Kiel und das Institut für Wirtschaftsforschung Halle im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums zweimal jährlich über „Die wirtschaftliche Lage Rußlands“. Die Institute legen hiermit Teil I ihres siebenten Berichts vor. In diesem Teil wird der aktuelle Stand der Wirtschaftsentwicklung und der Reformpolitik dargestellt. Im Teil II, der demnächst in einem Kieler Diskussionsbeitrag veröffentlicht wird, wird der Stand der außenwirtschaftlichen Integration Rußlands behandelt.

I. Aktuelle Wirtschaftsentwicklung

1. Produktion und Investitionen

Das in den offiziellen Statistiken ausgewiesene Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag in den Monaten Januar bis August 1995 um 4 vH unter dem Niveau des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Damit hat sich der Schrumpfungsprozeß gegenüber dem Vorjahr merklich verlangsamt (Tabelle 1).¹ In der Struktur des nominalen BIP gab es auf der Entstehungsseite in den ersten acht Mo-

naten des Jahres 1995 keine wesentlichen Veränderungen. Der Anteil der Güterproduktion am BIP betrug 44,3 vH (1993: 48,8 vH; 1994: 43,5 vH), derjenige der Dienstleistungen 48,6 vH (1993: 42,2 vH; 1994: 50 vH). Die in den Vorjahren zu beobachtende Zunahme des relativen Gewichts der Dienstleistungen hat sich somit nicht fortgesetzt (Goskomstat Rossii 1995a: 6; Goskomstat Rossii 1995e: 5).

Tabelle 1 — Entwicklung wichtiger Wirtschaftsindikatoren 1990–1995 (Veränderungen gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode in vH)

	1990	1991	1992	1993	1994	Jan.–Aug. 1995
Bruttoinlandsprodukt	-2,0	-12,9	-18,5	-12,0	-15,0	-4,0
Nachrichtlich:						
Berechnungen der Arbeitsgruppe von Goskomstat und Weltbank	.	-5,0	-14,5	-8,7	-12,6	.
Gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität	-2,2	-11,1	-16,8	-10,8	-13,3	-1,0
Industrieproduktion	-0,1	-8,0	-18,8	-14,0	-21,0	-3,0
Agrarproduktion ^a	-3,6	-4,5	-9,4	-4,0	-9,0	-10,0
Bruttoanlageinvestitionen	0,1	-15,5	-40,0	-12,0	-26,0	-18,0
Gütertransportvolumen	-4,3	-8,6	-21,7	-25,0	-24,0	-2,0
Einzelhandelsumsatz	10,0	-7,2	-39,1	2,0	3,0	-8,0
Dienstleistungen ^b	10,2	-20,8	-41,3	-30,0	-36,0	-16,0
Verkaufspreise der Industrie ^c	.	330	3370	895	233	138
Verbraucherpreise ^d	5	150	2500	840	215	222
Arbeitslosenquote ^e	.	.	4,8	5,0	7,0	7,8

^a1995: Schätzung für das Gesamtjahr. — ^bEntgeltliche Dienstleistungen für den Endverbraucher. — ^cJeweils Veränderung gegenüber Dezember des Vorjahres. — ^d1990: Jahresdurchschnitt; 1991–1994: jeweils Veränderung gegenüber Dezember des Vorjahres. — ^eBerechnet nach der ILO-Methodik; Arbeitslosenquote in vH zum Periodenende.

Quelle: Goskomstat Rossii (1993a: 8; 1994a: 352; 1994b: 3 ff., 45, 104 f., 153; 1995a: 3 f., 309; 1995e: 3 f., 77, 121), Statisticeskij Komitet Sodrutzestva Nesavisimych Gosudarstv (1993: 129 f.), *Vestnik statistiki* Nr. 12 aus 1993, *Finansovye izvestija* vom 29. September 1995 und 5. Oktober 1995.

Die Industrieproduktion ist im Zeitraum von Januar bis August 1995 gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode um 3 vH gesunken (1994: -21 vH). Die Diskrepanzen in der Produktionsentwicklung zwischen den einzelnen Industriezweigen haben dabei merklich zugenommen, wodurch sich die Grundstofflastigkeit der russischen Industrie weiter verstärkt hat (Tabelle 2).² Während die Produktion von Konsumgütern um 13 vH sank, konnte in einigen Branchen der Grundstoffindustrie wegen des Anstiegs der Exporte sogar erstmals seit 1989 wieder ein Produktionszuwachs erzielt werden. Für einen dauerhaften Aufschwung in diesen Bereichen sind allerdings erhebliche Investitionen zur Modernisierung des stark überalterten Kapitalstocks und zur Erschließung neuer Rohstoffvorkommen in Rußland und anderen GUS-Ländern erforderlich.

Die Produktion der Eisen- und Stahlindustrie stieg trotz der gesunkenen Binnennachfrage um 11 vH, wobei dieser Anstieg primär Massenerzeugnisse betraf, die als Vorprodukte weiterverarbeitet werden (Roheisen: +9 vH; Stahl: +6 vH; Walzstahl: +12 vH; Walzblech: +24 vH). Die Produktion der NE-Metallurgie nahm um 3 vH zu (Hüttenaluminium: +2 vH; Nickel: +18 vH; Zink: +30 vH; Mangan: +15 vH; Hüttenkupfer: +12 vH). Die Goldförderung sank um 11 vH. Auch der Produktionsanstieg in der chemischen

und petrochemischen Industrie (+12 vH) war in erster Linie auf Zuwächse bei der Grundstoffherzeugung zurückzuführen. Demgegenüber war die Produktion in der Reifenindustrie (-8 vH) und in der pharmazeutischen Industrie (-1 vH) weiter rückläufig. In der Brennstoffindustrie (-2 vH) setzte sich der Rückgang der Erdölförderung (-3 vH) und der Erdgasförderung (-2 vH) fort. In der Metallverarbeitung und im Maschinenbau, wo es 1994 zu einem Produktionsrückgang von knapp 40 vH gekommen war, entwickelte sich die Produktion bei einem durchschnittlichen Rückgang von 6 vH in den einzelnen Bereichen außerordentlich uneinheitlich. Zuwächse wurden u.a. bei der Herstellung von Personenkraftwagen (+10 vH), Holzbearbeitungsmaschinen (+5 vH) und einigen Ausrüstungsgegenständen für die Eisen- und Stahlindustrie verzeichnet. Die Produktion bei den meisten anderen Investitionsgütern war erneut rückläufig (Lokomotiv- und Waggonbau: -15 vH; Landmaschinenbau: -18 vH; Hebezeugbau: -27 vH; Maschinen und Anlagen für den Bergbau: -23 vH). Zu massiven Produktionseinbrüchen kam es wegen der unzureichenden Wettbewerbsfähigkeit der russischen Anbieter gegenüber Importwaren und Veränderungen in der Nachfragestruktur bei den meisten von der metallverarbeitenden Industrie erzeugten langlebigen Konsumgütern (Kühl- und Gefrierschränke: -32 vH; Waschmaschinen: -34

Tabelle 2 — Entwicklung der Industrieproduktion nach Industriebereichen in konstanten Preisen 1990–1995 (Veränderungen gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode in vH)

	1990	1991	1992	1993	1994	Jan.–Aug. 1995
<i>Industrie insgesamt</i> ^a	-0,1	-8,0	-18,0	-16,2	-20,9	-3,0
Elektrizitätswirtschaft	2,0	0,3	-4,7	-5,3	-8,8	-4,0
Brennstoffindustrie	-3,3	-6,0	-7,0	-15,0	-11,0	-2,0
Eisen- und Stahlindustrie	-1,9	-7,4	-16,4	-16,6	-17,4	11,0
NE-Metallurgie	-2,4	-8,7	-25,4	-18,1	-9,1	3,0
Chemische und petrochemische Industrie	-2,2	-6,3	-21,7	-21,5	-28,9	12,0
Maschinenbau und Metallverarbeitung	1,1	-10,0	-14,9	-15,6	-38,1	-6,0
Holz-, Holzverarbeitungs-, Zellstoff- und Papierindustrie	-1,2	-9,0	-14,6	-18,7	-31,2	-7,0
Baustoffindustrie	-0,9	-2,4	-20,4	-17,6	-28,9	-6,0
Leichtindustrie	-0,1	-9,0	-30,0	-23,4	-47,3	-33,0
Nahrungsmittelindustrie	0,4	-9,5	-16,4	-9,2	-21,9	-9,0

^a1990–1993: nur Groß- und Mittelbetriebe; 1994: einschließlich Kleinbetriebe und Joint-ventures.

Quelle: Goskomstat Rossii (1992b: 33 ff.; 1993a: 160; 1993b: 110, 112; 1993c: 108f.; 1994c: 127; 1995a: 12 f., 219; 1995e: 155), Ministerstvo Ekonomiki Rossijskoj Federacii (1993: Anhang Tabelle 3).

vH; Tonbandgeräte und Kassettenrecorder: -49 vH; Fernsehgeräte: -53 vH; Videogeräte: -76 vH; Nähmaschinen: -80 vH). Auch der starke Produktionsrückgang in der Leichtindustrie (-33 vH), zu der die Textil-, Bekleidungs- und Lederindustrie gehören, ist primär auf die mangelhafte Konkurrenzfähigkeit gegenüber Importen zurückzuführen (Goskomstat Rossii 1995e: 7 ff.; Centr ekonomiceskij kon-junktury 1995: 80 ff.).

In der Landwirtschaft wird für das laufende Jahr von russischer Seite insgesamt mit einem Produktionsrückgang von 10 vH gerechnet. Die Getreideernte beträgt nach vorläufigen Schätzungen nur 65 Millionen t (1992: 106,9 Millionen t; 1993: 99,1 Millionen t; 1994: 81,3 Millionen t). Dies ist das schlechteste Ergebnis seit über 30 Jahren, wobei dieser Einbruch nur teilweise mit dem trockenen Sommer erklärt werden kann (Goskomstat Rossii 1994a: 352). Bei der Produktion tierischer Erzeugnisse setzte sich im Zeitraum Januar bis August 1995 der seit 1991 andauernde Rückgang fort (Fleisch: -15 vH; Milch: -8 vH; Eier: -12 vH). Auch die Viehbestände haben sich bis Anfang September 1995 weiter verringert. Gegenüber dem Stichtag 1. September 1994 betrug der Rückgang bei Rindern 10 vH, bei Schweinen 11 vH und bei Schafen und Ziegen 22 vH (Goskomstat Rossii 1995d: 46 ff.). Als Gründe für die krisenhafte Entwicklung der Landwirtschaft werden unter anderem die über den Anstieg der Erzeugerpreise hinausgehende Erhöhung der Produktionskosten, das unzureichende Angebot und die hohen Preise von medizinischen Präparaten und Futtermittelzusätzen sowie Absatzprobleme bei tierischen Erzeugnissen genannt. Die finanzielle Situation vieler Agrarbetriebe ist wegen der Verschlechterung der realen Austauschbeziehungen zwischen Industrie und Landwirtschaft zu Lasten des Agrarsektors prekär, viele Unternehmen stehen am Rande des Bankrotts (Goskomstat Rossii 1995e: 120 ff.).

Bei den Bruttoanlageinvestitionen hat sich der Abschwung unvermindert fortgesetzt. Ihr Rückgang gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode übertraf im Zeitraum von Januar bis August 1995 mit 18 vH erneut bei weitem denjenigen des BIP. Die Investitionsquote in jewei-

ligen Preisen betrug 13,5 vH (1994: 16,9 vH). Im produzierenden Bereich wurden 25 vH weniger als im Vorjahr investiert, sein Anteil an den gesamten Investitionen sank auf 55 vH (1990: 71 vH; 1994: 56 vH). Die Investitionen im nichtproduzierenden Bereich, unter denen der Bau von Wohnungen und Sozialeinrichtungen die größte Bedeutung hat, gingen im Beobachtungszeitraum um 11 vH zurück. Nach wie vor wird überwiegend im staatlichen bzw. staatlich dominierten Bereich investiert, wobei sich allerdings in den letzten Jahren die Gewichte innerhalb dieses Sektors durch die Umwandlung vieler Staatsunternehmen in Aktiengesellschaften mit staatlicher Beteiligung verschoben haben. Im öffentlichen Sektor wurden von Januar bis August dieses Jahres 39 vH aller Investitionen getätigt (1993: 66 vH; 1994: 42 vH), in den Aktiengesellschaften mit staatlicher Beteiligung und anderen Unternehmen mit gemischter Eigentumsform 43 vH (1993: 20 vH; 1994: 42 vH). Der Anteil des Privatsektors blieb mit 15 vH (1993: 14 vH; 1994: 16 vH) nahezu konstant.

Die abnehmende Bedeutung der staatlichen Investitionstätigkeit kommt auch in der Finanzierungsstruktur der Investitionen zum Ausdruck. Nur noch 23 vH der Investitionen wurden in den ersten acht Monaten 1995 über die öffentlichen Haushalte finanziert (1993: 33 vH; 1994: 24 vH), davon 12 vH über den Haushalt der Föderation (1993: 17,5 vH; 1994: 14 vH) und 11 vH über die Haushalte der Gebietskörperschaften (1993: 15 vH; 1994: 10,5 vH). Unter den Finanzierungsquellen der Investitionen dominieren nach wie vor die Eigenmittel der Unternehmen.³ Im Zeitraum von Januar bis August 1995 lag der Anteil der Eigenfinanzierung der Unternehmen (ohne Joint-ventures und ausländische Unternehmen) bei 62 vH (1994: 61 vH). Auf Eigenleistungen privater Bauherren entfielen im Beobachtungszeitraum 3,4 vH aller Investitionen (1994: 4,1 vH); mit Mitteln von Joint-ventures und ausländischen Unternehmen wurden 3,5 vH (1994: 3,3 vH) aller Investitionen finanziert; der Anteil der sonstigen Finanzierungsquellen (staatliche Vorzugskredite, staatliche Investitionsfonds) lag bei 8 vH (1994: 7,3 vH) (Goskomstat Rossii 1995a: 42 ff.; Goskomstat Rossii 1995e: 42 ff.).⁴

2. Preisentwicklung

Der Preisanstieg hat sich im Verlauf der ersten 10 Monate des Jahres 1995 kontinuierlich abgeschwächt (Tabelle 3). Die monatliche Steigerungsrate der Verbraucherpreise lag im Oktober bei knapp 5 vH gegenüber 18 vH im Januar, der monatliche Anstieg der industriellen Erzeugerpreise verringerte sich von 22 vH im Januar auf 7 vH im August. Auch im Verlauf des Jahres 1994 war zunächst ein Rückgang des Preisanstiegs zu beobachten gewesen. Damals aber hatte er sich im Herbst wieder beschleunigt. Im Monatsdurchschnitt erhöhten sich die Verbraucherpreise im Zeitraum von Januar bis Oktober 1995 um 8 vH, im gleichen Zeitraum des Vorjahres lag der monatliche Preisanstieg bei durchschnittlich 9,4 vH. Besonders stark sind in den ersten acht Monaten 1995 die Mieten und Mietnebenkosten gestiegen (Monatsdurchschnitt: 18 vH). Gegenüber August 1994 sind die Verbraucherpreise um 225 vH gestiegen (Nahrungsmittel: 224 vH; übrige Konsumgüter: 184 vH; Dienstleistungen: 301 vH) (Goskomstat Rossii 1995a: 84 ff.; Goskomstat Rossii 1995e: 68 ff., 258).

Tabelle 3 — Monatliche Preisentwicklung 1994 und 1995 (Veränderungen gegenüber dem Vormonat in vH)

	Verbraucherpreise		Industrielle Erzeugerpreise	
	1994	1995	1994	1995
Januar	21	18	19	22
Februar	10	11	16	17
März	9	8,9	10	11
April	10	8,5	10	15
Mai	8	7,9	7	9
Juni	5	6,7	8	6
Juli	5	5,4	8	7
August	4	4,6	6	7
September	8	4,5	7	.
Oktober	15	4,7	11	.
November	14	4,5	13	.
Dezember	16	.	13	.

Quelle: Goskomstat Rossii (1995a: 84; 1995e: 68), *Ekonomika i zizn* Nr. 47 aus 1995.

Die Verkaufspreise der Industrie lagen im August 1995 um 255 vH über dem Niveau des entsprechenden Vorjahresmonats (Tabelle 4). Den

höchsten Preisanstieg in diesem Zeitraum verzeichneten innerhalb der Holzindustrie die Zellstoff- und Papierindustrie (347 vH) und die Holzgewinnung (324 vH) sowie innerhalb des Maschinenbaus der Chemie- und Erdölanlagenbau (307 vH). Stärker als im Durchschnitt fiel auch der Anstieg der Erzeugerpreise in der petrochemischen Industrie (281 vH), in der NE-Metallurgie (279 vH) und in der Leichtindustrie (279 vH) aus, wobei die überdurchschnittliche Erhöhung der Preise in der Leichtindustrie vor allem auf die Textilindustrie (310 vH) zurückzuführen war. Diese Preisanhebungen dürften die ohnehin geringe Wettbewerbsfähigkeit der Branche weiter verschlechtert haben und wesentlich zu dem starken Produktionsrückgang beigetragen haben. Erheblich unter dem industriellen Durchschnitt blieben demgegenüber die Verteuerung der Stromtarife (211 vH) und die Preiserhöhungen in der Baustoffindustrie (209 vH) (Goskomstat Rossii 1995e: 68 ff., 262).

Tabelle 4 — Preisentwicklung 1991–1995 (Veränderungen gegenüber der Vorperiode in vH)^a

	1991	1992	1993	1994	August 1995
Verbraucherpreise	160	2510	840	215	225
Nahrungsmittel	171	2570	838	233	242
Andere Konsumgüter	211	2570	642	169	184
Dienstleistungen	79	2120	2310	522	301
Industrielle Erzeugerpreise	240	3280	895	233	255
Elektrizitätswirtschaft	110	5410	1258	229	211
Brennstoffindustrie	130	9170	634	201	248
Eisen- und Stahlindustrie	240	3520	1086	242	273
NE-Metallurgie	230	5120	558	296	279
Chemieindustrie	170	3790	848	262	257
Petrochemie	150	5250	672	260	281
Maschinenbau	210	2620	949	230	260
Holz-, Zellstoff- und Papierindustrie	240	1920	889	271	270
Baustoffindustrie	210	2710	1145	212	209
Leichtindustrie	370	1160	681	241	279
Nahrungsmittelindustrie	310	2630	971	208	270

^a1991–1994: Dezember gegenüber Dezember des Vorjahres; 1995: August gegenüber August 1994.

Quelle: Goskomstat Rossii (1992a: 205; 1994b: 287; 1995a: 309; 1995e: 258, 262; 1995f: 25, 123 f.).

3. Arbeitsmarkt

Die Zahl der Erwerbspersonen lag im Berichtszeitraum bei etwa 73 Millionen. Die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten betrug 67,1 Millionen; gegenüber der entsprechenden Periode des Vorjahres bedeutet dies einen Rückgang um 3 vH. Die Beschäftigung in den einzelnen Sektoren der Volkswirtschaft entwickelte sich sehr uneinheitlich. In der Industrie ging die Zahl der Beschäftigten im Zeitraum von Juni 1994 bis Juni 1995 um 9 vH zurück. Einen Anstieg der Beschäftigung verzeichneten hierbei die Stromwirtschaft (3 vH), die Erdölförderung (52 vH), die Erdölverarbeitung (4 vH), die Erdgasindustrie (5 vH) und die Nahrungsmittelindustrie (1 vH), während die Leichtindustrie (-16 vH) ihre Beschäftigtenzahl in besonders starkem Maße abbaute. In den übrigen Wirtschaftsbereichen gab es Beschäftigungszuwächse im Bildungs- und Gesundheitswesen (6 vH), im Kulturbereich (2 vH), im Gesundheits- und Sozialwesen (2 vH), im Wohnungs-, Kommunal- und Dienstleistungssektor (18 vH), im Banken- und Versicherungssektor (17 vH) und in der staatlichen Verwaltung (5 vH). Überdurchschnittlich stark ging die Anzahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft (-16 vH) und in der Bauwirtschaft (-13 vH) zurück (Centr ekonomiceskojj kon-junktury 1995: 163).⁵

Ende August 1995 waren bei den Arbeitsämtern 2,3 Millionen Personen ohne Beschäftigung registriert, dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 3,2 vH (Ende Dezember 1994: 1,9 Millionen bzw. 2,5 vH) (Tabelle 5). Von ihnen waren 2,1 Millionen (Ende Dezember 1994: 1,6 Millionen) als Arbeitslose anerkannt, d.h., sie waren länger als drei Monate ohne Beschäftigung. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten offenen Stellen betrug Ende August 460 000 (Ende Dezember 1994: 327 000). Allerdings lassen sich insbesondere in den ländlichen Gebieten nicht alle Beschäftigungslosen registrieren. Nach der Methodik der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) hat das Staatskomitee für Statistik die Arbeitslosenzahl für August 1995 mit 5,7 Millionen errechnet, dies entspricht einer Arbeitslosenquote von knapp 8 vH (Ende 1994: 5,3 Millionen bzw. 7 vH).⁶

Tabelle 5 — Arbeitsmarkt 1994 und 1995 (Monatsendwerte in 1 000 Personen)

	Arbeitslose			Offene Stellen
	Berechnungsmethode der ILO ^a	bei den Arbeitsämtern gemeldet	anerkannt ^b	
1994				
Januar	3800	1165	894	283
Februar	3800	1266	989	275
März	4000	1364	1083	289
April	4400	1460	1180	325
Mai	4500	1483	1219	347
Juni	4500	1516	1260	374
Juli	4500	1581	1324	382
August	4600	1652	1392	406
September	4700	1687	1426	412
Oktober	.	1746	1475	384
November	.	1826	1549	358
Dezember	5300	1878	1637	326
1995				
Januar	.	1963	1710	311
Februar	.	2096	1839	316
März	.	2166	1921	329
April	5700	2220	1986	368
Mai	.	2236	1993	405
Juni	.	2241	2004	445
Juli	.	2282	2048	454
August	5700	2334	2098	460

^aInternationale Arbeitsorganisation. — ^bMindestens 3 Monate ohne Beschäftigung.

Quelle: Goskomstat Rossii (1994c; 1994d; 1994e; 1994f; 1994g; 1994h; 1995a: 135; 1995b; 1995e), Government of the Russian Federation (1995b).

Die staatlichen bzw. die in Aktiengesellschaften umgewandelten Großbetriebe waren bislang bestrebt, mit Hilfe von Kurzarbeit den Beschäftigungsabbau in Grenzen zu halten. Im Juli waren insgesamt 3,5 Millionen Beschäftigte von Kurzarbeit betroffen, davon arbeiteten 1,8 Millionen mit verkürzter Arbeitszeit, während sich 1,6 Millionen in unbezahltem Urlaub befanden. Mehr als drei Viertel der Kurzarbeiter waren in der Industrie beschäftigt (Goskomstat Rossii 1995a: 135 f.; Goskomstat Rossii 1995e: 121 ff.; Government of the Russian Federation 1995: Table 11).

4. Einkommensentwicklung der privaten Haushalte

Die realen Geldeinkommen⁷ der privaten Haushalte sind im Zeitraum von Januar bis August 1995 gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode um 11 vH gefallen. Im August lagen die

Realeinkommen um 23 vH unter dem Niveau vom Dezember 1994 (Tabelle 6). Die Reallöhne sind gegenüber dem Vergleichszeitraum 1994 sogar um 29 vH gefallen, gegenüber Dezember 1994 betrug ihr Rückgang 22 vH (Goskomstat Rossii 1995e: 4, 130; Berechnungen der Institute). Die realen Einbußen im Januar 1995 sind auf den starken Zuwachs der nominalen Einkommen im Dezember 1994 und die hohe Inflationsrate zu Jahresanfang zurückzuführen. Der Anteil nicht fristgerecht gezahlter Löhne (einschließlich sozialer Leistungen) betrug im August 17 vH, darunter in der Landwirtschaft 36 vH. Auch bei den Rentenzahlungen traten Verzögerungen auf.

Tabelle 6 — Entwicklung der realen Geldeinkommen und Löhne Januar bis August 1995

	Reale Geldeinkommen		Reale Löhne	
	Dezember 1994 = 100	Vormonat = 100	Dezember 1994 = 100	Vormonat = 100
Januar	67	67	72	72
Februar	68	102	69	96
März	74	109	71	103
April	74	100	70	98
Mai	75	101	73	103
Juni	78	104	76	105
Juli	76	97	75	99
August	77	102	78	103

Quelle: Goskomstat Rossii (1995d: 134; 1995e: 130, 134), Government of the Russian Federation (1995a), eigene Berechnungen.

Im Juli 1995 betrug der Durchschnittslohn (ohne soziale Zuschläge) 499 500 Rubel. Sektoral differieren die Löhne erheblich. Die höchsten Löhne wurden im Transportgewerbe (813 600 Rubel) und im Bank- und Versicherungsgewerbe (741 200 Rubel) gezahlt. Die Landwirtschaft wies wieder das niedrigste Lohnniveau (241 900 Rubel) auf. Der Abstand der durchschnittlichen Löhne in den haushaltsfinanzierten Organisationen der Bereiche Kultur, Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen sowie der Wissenschaft zum Durchschnittslohn hat sich im ersten Halbjahr 1995 vergrößert. Von den Unternehmen wurden neben den Löhnen Zuschläge in Höhe von durchschnittlich 11 vH der Durchschnittslöhne gezahlt.

Die Differenzierung der Löhne nach Industriebranchen fiel stärker aus als im sektoralen Vergleich. So wurden im Juli 1995 bei einem Durchschnittslohn in der Industrie von 589 500 Rubel (ohne Zuschläge) in den Unternehmen der Gasindustrie durchschnittlich 2,115 Millionen Rubel und in den Unternehmen der Erdölförderung 1,451 Millionen Rubel gezahlt, während das Lohnniveau in der Leichtindustrie nur 267 700 Rubel und in der Glaserzeugung und -verarbeitung 374 500 Rubel betrug. Dementsprechend weisen Oblaste und Republiken mit überwiegend Rohstoffe fördernden und verarbeitenden Branchen deutlich höhere Durchschnittslöhne und höhere Pro-Kopf-Einkommen auf als Regionen mit überwiegend verarbeitendem Gewerbe oder landwirtschaftlicher Produktion. So variieren die Durchschnittslöhne zwischen 2,4 Millionen Rubel im Autonomen Bezirk Jamalo-Nenezkij (Gasförderung) und 163 000 Rubel in der industriell schwach entwickelten Republik Dagestan.

Der Mindestlohn wurde, nachdem er seit Juni 1994 unverändert bei 20 500 Rubel gelegen hatte, im April 1995 auf 34 400 Rubel und im Juli auf 50 400 Rubel erhöht (Government of the Russian Federation 1995b). Das durchschnittliche Existenzminimum wurde von der Regierung für den Monat August mit 286 000 Rubel angesetzt. Das für die einzelnen Oblaste und Republiken ausgewiesene Existenzminimum schwankte zwischen dem Gebiet Magadan im Fernen Osten mit 594 700 Rubel und dem Oblast Uljanowsk mit nur 154 300 Rubel (Goskomstat Rossii 1995e: 297 ff.). Im August 1995 lag der Anteil der Beschäftigten mit einem Monatslohn unterhalb des Existenzminimums bei 42 vH, darunter in der Landwirtschaft bei 80 vH, in der Leichtindustrie und in den Bereichen Gesundheitswesen, Kultur, Bildung und Kunst bei 60 bis 70 vH (Goskomstat Rossii 1995c: 142). Die Mindestrente wurde im ersten Halbjahr 1995 dreimal erhöht und betrug im Juni 91 847 Rubel. Für Anfang September 1995 wurde die Höhe der Durchschnittsrente (einschließlich der Kompensationszahlungen für Preiserhöhungen) mit 213 700 Rubel angegeben (Tabelle 7). Anfang November wurde entgegen der bisherigen Verfahrensweise eine monatliche Erhöhung

der Mindestlöhne für November 1995 (57 750 Rubel), Dezember 1995 (60 500 Rubel) und Januar 1996 (63 250 Rubel) verfügt. Gleichzeitig wurde für diese drei Monate eine Indexierung aller Renten mit dem Faktor 1,05 bzw. 1,1 und 1,15 (bezogen auf die Höhe der Oktoberrenten) festgelegt (*Izvestija* 1995a).

Tabelle 7 — Renten 1995

	Durchschnittsrente	Verhältnis der Durchschnittsrente zum Durchschnittslohn	Verhältnis der Durchschnittsrente zum Existenzminimum der Rentner
	1 000 Rubel	vH	
1. Januar 1995	118,1	33	115
1. April 1995	138,5	38	90
1. August 1995	195,6	39	95
1. September 1995	213,7	40	106

Quelle: Goskomstat Rossii 1995d: 141; 1995h: 68, 187), eigene Berechnungen.

Der Anteil der Einkommen aus unselbständiger Arbeit hat sich weiter verringert. Bei wenig verändertem Anteil der sozialen Transferleistungen hat das Gewicht der Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit und Vermögen sowie der sonstigen Einkommen erheblich zugenommen und inzwischen 45 vH der Geldeinkommen der privaten Haushalte erreicht (Tabelle 8).

Die Unterschiede in den durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen, gemessen am höchsten und niedrigsten Einkommensdezil, haben sich im Zeitraum Januar bis August gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres erhöht. Die Gruppe mit den höchsten Einkommen verfügt über 30

vH, die mit den niedrigsten über 2,2 vH der Einkommen (jeweils 10 vH der Bevölkerung).

Der Einzelhandelsumsatz ist im Zeitraum Januar bis August 1995 real um 8 vH und der Umfang der bezahlten Dienstleistungen um 16 vH gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode zurückgegangen. Dieser Rückgang verweist auf einen weiteren Rückgang des privaten Verbrauchs, sofern er statistisch erfaßt wird.

In der Grundtendenz ähnelt die Verwendungsstruktur der Geldeinkommen in den Monaten Januar bis August 1995 der Struktur der entsprechenden Vorjahresperiode. Im Vorjahresvergleich sinkende Realeinkommen ließen 1995 in den einzelnen Monaten den Anteil der Konsumausgaben ansteigen. Die Bargeldhaltung wurde im Januar 1995 stark verringert, um den Konsum zu sichern und gleichzeitig durch den Kauf von Devisen die Inflationssteuer zu vermeiden. In den nachfolgenden Monaten nahm die Bedeutung von Spareinlagen, Wertpapieren und Rubelbeständen bei der Geldvermögensbildung wieder zu, die der Devisen jedoch ab. Im 2. Quartal 1995 wurde sogar ein größerer Teil der Geldeinkommen in inländische Aktiva investiert als in Devisen. Dies ist möglicherweise auf die rückläufigen Inflationsraten zurückzuführen. Dieser Trend kehrte sich jedoch im Juli schlagartig um. Die privaten Haushalte reagierten anscheinend auf die im Bankensystem zu Tage tretenden Unsicherheiten, die Ende August zu einer krisenhaften Situation führten (Tabelle 9). Die Erfahrungen mit Stabilisierungsprogrammen und die unzureichende Einlagensicherheit bei den Banken ließen die Haushalte sensibel auf Veränderungen in der Wirtschaft und der Wirtschaftspolitik reagieren.

Tabelle 8 — Struktur der Geldeinkommen der privaten Haushalte 1993–1995 (vH)

	1993	1. Halbjahr 1994	1994	1. Halbjahr 1995
Geldeinkommen insgesamt	100	100	100	100
Einkommen aus unselbständiger Arbeit	60,5	51,8	46,6	38,8
Soziale Transferleistungen	15,1	16,6	15,4	16,3
Einnahmen aus Unternehmertätigkeit, Kredit- und Gewinnbeteiligungen, Immobiliengeschäften und Finanzoperationen, Vermögen und sonstige Einkommen	24,4	31,6	38,0	44,9

Quelle: Goskomstat Rossii (1994i: 145; 1995c: 134).

Tabelle 9 — Verwendung der Geldeinkommen der privaten Haushalte 1995 (vH)

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August
<i>Geldeinkommen insgesamt</i>	100	100	100	100	100	100	100	100
Kauf von Gütern und Dienstleistungen	73,8	68,8	68,5	67,4	70,8	67,7	70,1	71,4
Steuern und Abgaben	7,3	7,3	6,7	6,7	6,8	6,9	7,0	6,9
Zuwachs der Spareinlagen und Kauf von Wertpapieren	5,9	5,4	5,2	6,2	7,0	7	3,8	3,6
Kauf von Devisen	24,9	14,6	17,6	12,4	9,7	9,8	14,3	15,2
Zuwachs des Bargeldbestands	-11,9	3,9	2,0	7,3	5,7	8,6	4,2	2,9

Quelle: Goskomstat Rossii (1995d: 135; 1995e: 131).

II. Finanz- und Geldpolitik

1. Öffentliche Haushalte

Gemessen am ausgewiesenen föderalen Defizit hat sich die finanzpolitische Lage in den ersten acht Monaten 1995 deutlich entspannt.⁸ Vorläufigen Schätzungen zufolge belief sich bis Ende August 1995 das föderale Defizit auf weniger als 3 vH des BIP und blieb damit unter der vom Internationalen Währungsfonds vorgegebenen Zielgröße von 5,8 vH. Im Jahr 1994 hatte das Defizit noch 11 vH des BIP betragen (Tabelle 10). Das Defizit wurde zum überwiegenden Teil über den Geld- und Kapitalmarkt finanziert. Allerdings steht der bisherige finanzpolitische Kurs auf einem relativ unsicheren Fundament, denn die Defizitbegrenzung ging allein auf drastische Ausgabenkürzungen zurück, die sich kontraktiv auf die Gesamtnachfrage auswirkten. Es gibt Hinweise darauf, daß die Rückführung der Ausgaben hauptsächlich durch eine Verschiebung von Zahlungsterminen zustande kam. Diese Verbindlichkeiten werden unweigerlich im kommenden Haushaltsjahr auszahlungswirksam. Derzeit scheint vor allem die wechselseitige Verschuldung zwischen Unternehmenssektor und öffentlichen Haushalten die tatsächliche Situation der öffentlichen Haushalte zu verschleiern. Mittelfristig wird der finanzpolitische Kurs wesentlich davon abhängen, ob eine Verbesserung der Einnahmesituation der öffentlichen Haushalte gelingt. Trotz der kurzfristigen Erfolge muß da-

her die Lage der öffentlichen Haushalte als instabil gelten.

Die Einnahmen des konsolidierten Haushalts⁹ waren in den ersten sechs Monaten 1995 gegenüber dem Vorjahreszeitraum deutlich rückläufig; sie beliefen sich auf 21 vH des BIP, nachdem sie im entsprechenden Vorjahreszeitraum noch bei 25 vH gelegen hatten. Insbesondere hat sich die Einnahmesituation der nachgeordneten Gebietskörperschaften verschärft. Auch bedingt durch die geringeren Transfers aus dem Zentralhaushalt sanken ihre Einnahmen in den ersten sechs Monaten 1995 um 5 Prozentpunkte auf 12,5 vH des BIP. Die Einnahmen des Föderationshaushalts dagegen erreichten in etwa das Vorjahresniveau (10 vH des BIP; vgl. Tabelle 10). Allerdings blieben sie damit deutlich hinter den Haushaltsplanungen für 1995¹⁰ und der mit dem Internationalen Währungsfonds vereinbarten Zielgröße von 12,1 vH des BIP zurück. Wie in den Vorjahren stellten die Mehrwertsteuerabführungen (etwa 40 vH der Gesamteinnahmen bzw. 4 vH des BIP) gefolgt von der Gewinnsteuer (etwa 24 vH der Gesamteinnahmen bzw. 2,4 vH des BIP) und den Einnahmen aus außenwirtschaftlicher Tätigkeit (etwa 17 vH der Gesamteinnahmen bzw. 1,7 vH des BIP) die wichtigsten Einnahmequellen des Föderationshaushalts dar. Es zeichnet sich ab, daß die Einnahmen aus der Privatisierung im Jahr 1995 deutlich hinter den Planungen zurückbleiben werden;¹¹ bis Ende August konnten nur 2,5 vH der für das Gesamtjahr

geplanten Privatisierungserlöse realisiert werden (vwd-Osteuropa vom 31. August 1995).

Die Ausgaben des konsolidierten Haushalts sanken in den ersten sechs Monaten 1995 um mehr als 10 Prozentpunkte auf 24 vH des BIP.

Tabelle 10 — Föderaler Haushalt 1992–1995

	1992	1993	1994	1995 1. Halbjahr
<i>vH der Gesamteinnahmen bzw. -ausgaben</i>				
Einnahmen insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0
Gewinnsteuer	23,3	24,8	25,8	23,5
Einkommensteuer	0,0	0,0	0,2	1,6
Akzisen	6,7	5,0	6,8	8,1
Mehrwertsteuer	50,0	32,9	42,7	39,4
Zölle etc.	13,3	23,9	23,0	16,6
Sonstige Einnahmen	6,7	13,5	1,5	10,9
Ausgaben insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0
Volkswirtschaft ^a	22,0	13,5	13,4	.
Industrie, Energie, Bauwirtschaft	.	.	.	11,7
Landwirtschaft, Fischerei	.	.	.	3,9
Transport, Kommunikation	.	.	.	0,2
Verwaltung	2,0	4,8	5,0	11,7
Verteidigung	18,0	21,3	20,6	19,6
Rechtsorgane	4,0	7,2	8,4	8,4
Bildung	4,0	3,9	4,0	4,3
Gesundheit	2,0	1,5	1,7	3,0
Soziale Sicherung	2,0	0,9	0,0	1,4
Finanzausgleich	6,0	13,2	16,2	8,7
Zinszahlungen	2,0	10,2	8,8	15,1
Sonstige Ausgaben	38,0	23,7	21,9	11,9
<i>vH des BIP</i>				
Einnahmen insgesamt	16,6	13,7	10,5	10,0
Gewinnsteuer	3,9	3,4	2,7	2,4
Einkommensteuer	0,0	0,0	0,0	0,2
Akzisen	1,1	0,7	0,7	0,8
Mehrwertsteuer	8,3	4,5	4,5	3,9
Zölle etc.	2,2	3,3	2,4	1,7
Sonstige Einnahmen	1,1	1,8	0,2	1,1
Ausgaben insgesamt	27,6	20,6	21,6	12,6
Volkswirtschaft ^a	6,1	2,8	2,9	.
Industrie, Energie, Bauwirtschaft	.	.	.	1,5
Landwirtschaft, Fischerei	.	.	.	0,5
Transport, Kommunikation	.	.	.	0,0
Verwaltung	0,6	1,0	1,1	1,5
Verteidigung	5,0	4,4	4,4	2,5
Rechtsorgane	1,1	1,5	1,8	1,1
Bildung	1,1	0,8	0,9	0,5
Gesundheit	0,6	0,3	0,4	0,4
Soziale Sicherung	0,6	0,2	0,0	0,2
Finanzausgleich	1,7	2,7	3,5	1,1
Zinszahlungen	0,6	2,1	1,9	1,9
Sonstige Ausgaben	10,5	4,9	4,7	1,5
Saldo: Einnahmen–Ausgaben	–11,0	–6,9	–11,1	–2,5

^aFür 1995 liegen nur disaggregierte Angaben über die Ausgaben für die einzelnen Sektoren vor.

Quelle: Unveröffentlichte Unterlagen des Internationalen Währungsfonds, eigene Berechnungen.

Während sich die Ausgabenkürzungen auf der Ebene der nachgeordneten Gebietskörperschaften im Rahmen des Einnahmerückgangs bewegten, wurden die Ausgaben auf der Föderationsebene um etwa 8 Prozentpunkte auf eine Größenordnung von 12,6 vH des BIP reduziert (Tabelle 10). Damit lagen die Ausgaben deutlich unter dem Haushaltsansatz für das Jahr 1995 und der mit dem Internationalen Währungsfonds angestrebten Zielgröße von 16,8 vH des BIP. Besonders betroffen von den Ausgabenkürzungen der Föderation waren die Transferzahlungen an die nachgeordneten Gebietskörperschaften. Flossen im Rahmen des Finanzausgleichs 1994 noch Transfers in Höhe von 4 vH des BIP, so betrugen diese im ersten Halbjahr 1995 nur noch etwa 1 vH des BIP. Darüber hinaus gingen nach den vorliegenden Angaben die Ausgaben für Verteidigung deutlich zurück (1994: 4,4 vH des BIP; 1. Halbjahr 1995: 2,5 vH);¹² Zahlungsverzögerungen sollen die wesentliche Ursache für diese Entwicklung gewesen sein. Im Gegensatz zum Vorjahr liegen für 1995 disaggregierte Daten über die föderalen Ausgaben für die einzelnen Wirtschaftsbereiche vor. In der Summe zeichnet sich eine Kürzung der Subventionszahlungen ab. Wie stark die einzelnen Wirtschaftsbereiche davon betroffen sind, läßt sich aufgrund fehlender Angaben für frühere Perioden nicht feststellen (*Ekonomika i zizn* Nr. 39 aus 1995). Beachtlich ist die gleichzeitige erhebliche Kürzung der „sonstigen Ausgaben“, unter denen in der Vergangenheit oftmals zusätzliche Subventionszahlungen gebucht wurden.

Nach den zugrundegelegten Daten waren in den ersten sechs Monaten etwa 25 vH der Ausgaben nicht durch entsprechende Einnahmen gedeckt (etwa 3 vH des BIP). Die Finanzierung des ausgewiesenen Defizits erfolgte vor allem durch die Emission von Staatspapieren in der Höhe von gut 1,5 vH des BIP. Die Zentralbankfinanzierung machte etwa 1 vH des BIP aus und spielte vor allem im 2. Quartal 1995 eine wichtige Rolle. Ein erhebliches finanzpolitisches Problem stellen die Steuerrückstände der Unternehmen dar, die sich zum Ende des ersten Halbjahres auf eine Größenordnung von 5 vH des BIP beliefen (Goskomstat Rossii 1995e: 86 f.). Nach den vorliegenden Daten wäre bei korrekter Steu-

erabführung der Föderationshaushalt in etwa ausgeglichen gewesen, die Haushalte der nachgeordneten Gebietskörperschaften hätten sogar Überschüsse erwirtschaftet. Besonders hoch waren die Rückstände bei den Mehrwertsteuer- und Gewinnsteuerabführungen.¹³ Begünstigt durch die „30/70-Regelung“, nach der Unternehmen 30 vH ihrer Einnahmen unmittelbar für Lohnzahlungen verwenden dürfen und Nicht-Lohnforderungen als nachrangig eingestuft werden können, haben sich die Unternehmen offensichtlich einen Verschuldungsspielraum zu Nutze gemacht.

Die angesichts der Haushaltssituation eingeleiteten finanzpolitischen Schritte zielen vor allem auf eine Stärkung der Einnahmeseite. Wesentliche Einnahmesteigerungen sollen von der zum 1. September 1995 verfügbaren Erhöhung des Verbrauchsteuersatzes für Erdgas um fünf Prozentpunkte auf 30 vH sowie von der Abschaffung von Einfuhrzollvergünstigungen für ausgewählte Organisationen ausgehen. Darüber hinaus wird von russischer Seite eine verbesserte Steuerabführung durch die schrittweise Aufhebung der „30/70-Regelung“ bis zum Jahresende erwartet. Gegen Steuerschuldner soll künftig massiver vorgegangen werden; so soll Managern staatlicher Unternehmen bei Verzögerungen der Steuerzahlungen die Entlassung drohen (*vwd-Rußland* vom 19. September 1995). Für 1996 sind die Verbreiterung der Steuerbasis und die Abschaffung von Steuervergünstigungen geplant (*Financial Times* vom 31. Oktober 1995). Allerdings sind die Haushaltsplanungen für 1996 nach wie vor nicht abgeschlossen.¹⁴

2. Geld und Kredit

Ähnlich wie im Jahr 1994 trugen Stabilisierungsbemühungen im monetären Sektor auch in den ersten acht Monaten des Jahres 1995 zu monatlichen Inflationsraten bei, die in den einstelligen Bereich gelangten und einem abnehmenden Trend folgten (Schaubild 1). Anders als im Vorjahr dauerte diese Entwicklung zumindest bis in den Oktober hinein an. Die realen Refinanzierungszinsen lagen seit Anfang 1994 zumeist sowohl deutlich im positiven Bereich als auch oberhalb der Zinsen auf dem Interbankenmarkt (Schaubild 2).¹⁵ Beispielsweise betrug der ef-

fektive reale Zinssatz für Refinanzierungskredite im September 1995 etwa 160%. Steigende Kosten der Refinanzierung für die Geschäftsbanken hatten in der ersten Hälfte des Jahres 1995 zu einer Beschränkung des Wachstums der heimischen Aktiva der Zentralbank geführt. Die treibende Kraft hinter der verbleibenden Ausweitung der Zentralbankgeldmenge waren die internationalen Reserven der Zentralbank, die sich allein im zweiten Quartal 1995 nahezu verdreifachten (Tabelle 11). Zum Teil reflektiert dieser Anstieg lediglich Bewertungseffekte, die sich aus der nominalen Abwertung des Rubels zum Dollar ergeben (Schaubild 3). Auf Dollarbasis gerechnet nahmen die Devisenreserven im ersten Quartal um etwa 10 vH ab, stiegen allerdings im zweiten Quartal um rund 250 vH an. Dieser Anstieg war eine direkte Folge hoher Realzinsen und ging sowohl auf Zuflüsse aus dem Ausland als auch auf Portfolioumschichtungen der Unternehmen und privaten Haushalte zurück. Ein weiterer Grund für die Rubelnachfrage ist im institutionellen Bereich zu suchen, da beispielsweise die Mindestreserveanforderungen für russische Banken im Mai erhöht worden waren (*The Banker* 1995: 20).

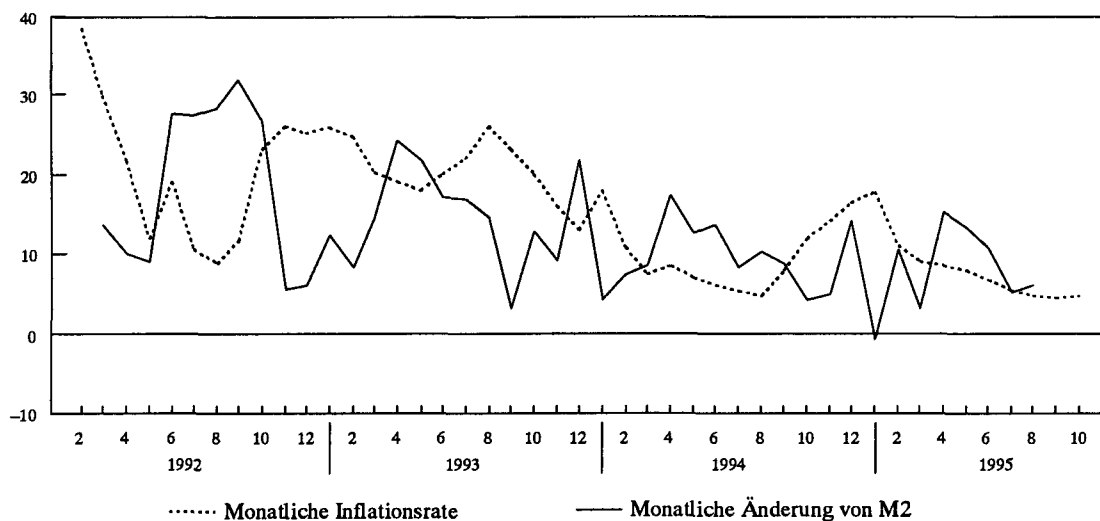
Tabelle 11 — Entwicklung von Geldmengen- und Kreditaggregaten 1992–1995 (Veränderungsraten pro Quartal gegenüber dem Vorquartal in vH)

	1992 ^a	1993 ^a	1994 ^a	1995	
	1.–4. Quartal			1. Quartal	2. Quartal
Aktiva der Zentralbank ^b					
Internationale Reserven ^c	.	.	7	24	184
Heimische Aktiva	.	.	48	0	12
Bargeld	82	70	29	–3	55
M2	70	51	32	13	44
Bankkredite ^d	86	58	32	27	13 ^e

^aDurchschnittliche Quartalswerte. — ^bNettoangaben, d.h. abzüglich der Auslandsverbindlichkeiten der Zentralbank bzw. der Einlagen öffentlicher Haushalte und der Geschäftsbanken bei der Zentralbank. — ^cBewertet in russischen Rubeln zum laufenden Wechselkurs. — ^dKredite der Banken und der Zentralbank an Haushalte und Unternehmen. — ^eWachstumsraten für die Monate April und Mai auf Quartalsbasis.

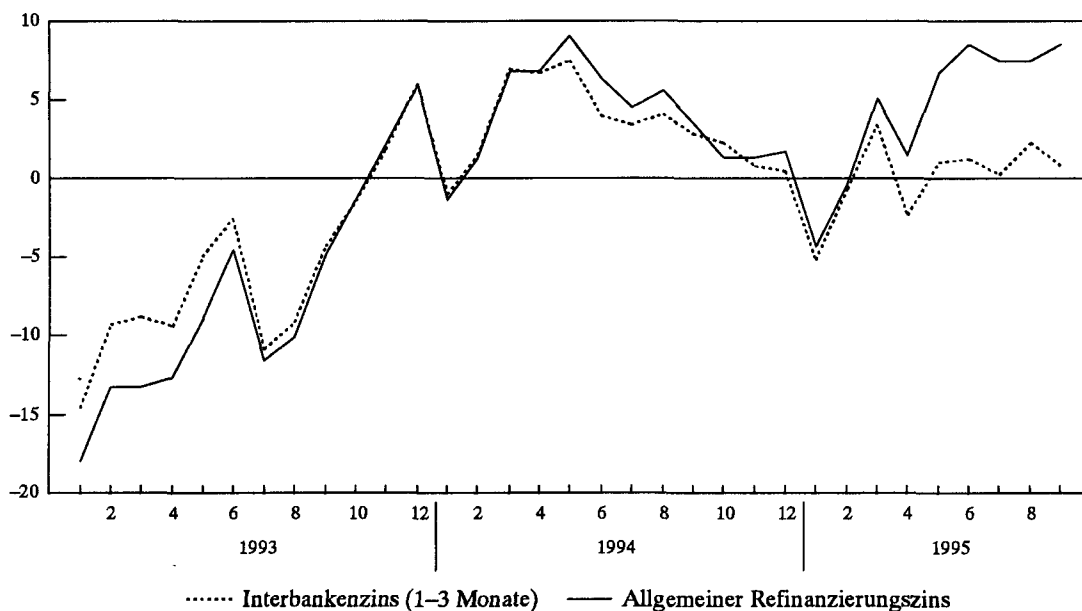
Quelle: Central'nyj bank Rossijskoj Federacii *Bjulleten' bankovskoj statistiki* (verschiedene Ausgaben), *Tekuscie tendencii* (verschiedene Ausgaben), Government of the Russian Federation *Russian Economic Trends* (verschiedene Ausgaben), Granville (1995), eigene Berechnungen.

Schaubild 1 — Verbraucherpreis- und Geldmengenentwicklung 1992–1995 (vH)



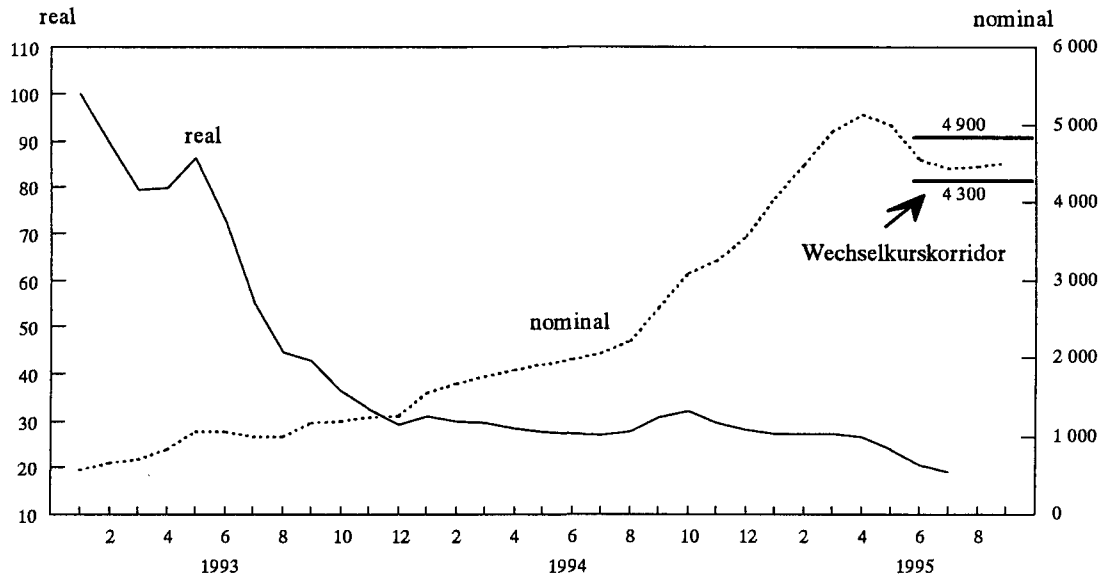
Quelle: Government of the Russian Federation *Russian Economic Trends* (verschiedene Ausgaben), eigene Berechnungen.

Schaubild 2 — Monatliche Realzinssätze 1993–1995^a (%)



^aDeflationiert mit dem Erzeugerpreisindex.

Quelle: Unveröffentlichte Arbeitsunterlagen des Internationalen Währungsfonds, Government of the Russian Federation *Russian Economic Trends* (verschiedene Ausgaben), Granville (1995), eigene Berechnungen.

Schaubild 3 — Realer und nominaler Wechselkurs des russischen Rubels zum Dollar 1993–1995^a

^aWechselkurs bis einschließlich Juni 1992: Marktkurs der Devisenauktionen; Werte für Oktober und November 1995 vorläufig; Stand jeweils Monatsende.

Quelle: Government of the Russian Federation *Russian Economic Trends* (verschiedene Ausgaben), *Finansovye izvestija* (verschiedene Ausgaben), eigene Berechnungen.

In den ersten sieben Monaten dieses Jahres nahm nach Angaben der Zentralbank das Volumen ihrer Kredite an das Finanzministerium nur um 2 vH zu und sank damit gemessen in realen Größen deutlich ab. Allerdings wurde die Kreditvergabe an die Geschäftsbanken noch stärker zurückgeführt, so daß der Anteil der Kredite an die Regierung von 65 vH Ende 1994 auf 74 vH im Juli 1995 stieg (Tabelle 12). Gäbe die Regierung dem politischen Druck nach, Subventionszahlungen auszuweiten, könnte dies leicht eine erneute Vergabe zinsgünstiger Zentralbankkredite bedeuten. Dem stehen keine ausreichenden gesetzlichen Barrieren entgegen, denn eine entsprechende Finanzierung des Budgets kann per Haushaltsgesetz bestimmt werden (*Sobranie zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii* 1995a: 2879 ff.). Die Unabhängigkeit der Zentralbank bleibt somit eingeschränkt.

Im Ergebnis hat die Geldpolitik zu hohen positiven Realzinsen und zu einem rückläufigen realen Kreditvolumen geführt. Dies beeinträchtigte in gravierender Weise die Ertragslage von Unternehmen und Banken. Als Ausdruck dieser Entwicklung muß auch die Liquiditätskrise im

Bankensektor gewertet werden, die Ende August zu einem vorübergehenden Stillstand des Handels auf dem Interbankenmarkt und zu einem dramatischen Emporschnellen der Tagesgeldsätze geführt hat.¹⁶ Nachdem die Zentralbank die Geschäftsbanken in den letzten Tagen des August mit Liquiditätshilfen in Höhe von insgesamt 1,9 Billionen Rubel bzw. rund 2 vH der Geldbasis versorgt hatte, kam es in der Folgezeit zu einer Normalisierung des Interbankenhandels und zu einem Rückgang der Zinssätze.

Tabelle 12 — Struktur des Bestands der Zentralbankkredite 1992–1995 (vH zum Ende der Periode)

	1992	1993	1994 ^a	1995 ^b
Zentralbankkredite insgesamt	100	100	100	100
Kredite an die Regierung	42	43	65	74
Kredite an Geschäftsbanken	31	33	26	18
Kredite an die GUS-Ländern	27	23	8	8

^aNovember. — ^bJuli.

Quelle: Central'nyj bank Rossijskoj Federacii *Bjulleten' bankovskoj statistiki* (verschiedene Ausgaben), *Tekuschie tendencii* (verschiedene Ausgaben), *Bulletin of Banking Statistics* (1995b), *Vestnik Banka Rossii* (1995), Government of the Russian Federation *Russian Economic Trends* (verschiedene Ausgaben), eigene Berechnungen.

Die sehr hohen Realzinsen haben dazu geführt, daß viele Unternehmen ihre Bankschulden nicht mehr bedienen konnten. Als Folge war der Anteil notleidender und überfälliger Kredite an den gesamten Kreditportfolios der Banken auf 37,3 vH Ende Mai 1995 angestiegen (Central'nyi bank Rossijskoj Federacii 1995a: 39). Noch ein Jahr zuvor hatte dieser Anteil bei rund 20 vH gelegen. Schätzungen des russischen Bankenverbands zufolge waren im August knapp 600 der insgesamt mehr als 2 500 in Rußland tätigen Geschäftsbanken technisch insolvent (*Financial Times* vom 28. August 1995).¹⁷

In dem hohen Anteil notleidender Kredite in den Bilanzen der Banken spiegelt sich auch die fehlende Fähigkeit und Möglichkeit russischer Geschäftsbanken wider, Kreditrisiken zu beurteilen. Unzulängliche Buchführungssysteme sowie personelle und eigentumsrechtliche Verflechtungen zwischen Banken und Unternehmen sind Hauptgründe für die risikoreiche Kreditvergabepraxis. Parallel zum Mangel an Informationen über Unternehmen fehlen verlässliche Informationen über die Liquidität und Solvenz der Banken. Angesichts der großen Zahl von Banken, die in Rußland tätig sind, kann die Bankenaufsicht der Zentralbank keine verlässliche Kontrolle der Geschäftsbanken durchführen. Auch den Banken selbst fehlen Informationen über andere Geldinstitute. Die Verfügbarkeit derartiger Informationen ist jedoch eine Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit des Interbankenmarktes, von dem insolvente Banken ausgeschlossen werden sollten. Somit könnte auch die Sparkasse (Sberbank) von den Auswirkungen einer möglichen Bankenkrise betroffen werden. Diese Bank, bei der noch im September 1995 rund zwei Drittel der Einlagen der privaten Haushalte angelegt waren (Goskomstat Rossii 1995e), vergibt zwar

selbst kaum Kredite an Unternehmen. Über ihr Engagement auf dem Interbankenmarkt (OECD 1995: 164) ist sie jedoch dem Insolvenzrisiko anderer Geschäftsbanken ausgesetzt. Private Haushalte haben auf erhöhte Bankrisiken bereits im Juli bei der Verwendung der Einkommen mit einem anteilmäßigen Rückgang der Einlagen bei Banken reagiert (vgl. Abschnitt I.4). Ein „bank run“ konnte aber durch die für die Sberbank bestehende staatliche Einlagenversicherung bisher verhindert werden.

Lösungsansätze für eine Stabilisierung des russischen Bankensystems müssen zunächst auf der makroökonomischen Ebene ansetzen. Entscheidend für ihren Erfolg ist aber auch, daß klare Kriterien für die Arbeit von Geschäftsbanken geschaffen werden. Es muß gewährleistet sein, daß bestehende Bankenregulierungen umgesetzt werden und daß diejenigen Banken, die bestimmte Mindestanforderungen nicht erfüllen, aus dem Markt ausscheiden. Mit der Schließung von insgesamt 168 Banken zwischen 1991 und August 1995 — davon knapp 50 vH allein in 1995 — und der Überprüfung von fast 300 weiteren Geldinstituten (Central'nyi bank Rossijskoj Federacii 1995e) hat die Zentralbank Schritte in diese Richtung unternommen. Zusätzlich müssen auch ein Reformkonzept für die großen ehemaligen Spezialbanken erarbeitet und Maßnahmen zur Verbesserung der Informationssysteme im Finanzsektor eingeleitet werden. Ein solches Konzept sollte insbesondere die Offenlegungspflicht für die Tätigkeitsberichte von Banken umfassen. Gleichzeitig muß den Banken die Möglichkeit gegeben werden, Rückstellungen auf notleidende Kredite zu bilden und gegebenenfalls Abschreibungen auf ihre Aktiva vorzunehmen.

III. Außenwirtschaft

1. Zahlungsbilanz

Im ersten Halbjahr 1995 hat sich der Kapitalabfluß aus Rußland nach den bisher vorliegenden Informationen deutlich verlangsamt (Tabelle

13). 1994 wies die Kapitalverkehrsbilanz ein Defizit von 20 Mrd. Dollar auf; im ersten Halbjahr 1995 lag das Defizit nur noch bei 2 Mrd. Dollar. Ausschlaggebend hierfür war die Entwicklung im kurzfristigen Kapitalverkehr. Wäh-

Tabelle 13 — Zahlungsbilanz Rußlands 1994 und 1995 (Mrd. Dollar)

	1994			1. Halbjahr 1995		
	GUS und Baltikum	Drittländer	Insgesamt	GUS und Baltikum	Drittländer	Insgesamt
Saldo der Handelsbilanz	2,7	11,9	14,6	1,9	6,3	8,1
Exporte	17,7	51,4	69,1	8,8	28,1	36,9
darunter:						
Erdöl, Erdölprodukte, Erdgas	1,7	20,4	22,1	0,9	11,0	11,9
Importe	-15,0	-39,5	-54,5	-7,0	-21,9	-28,9
Dienstleistungen	-0,8	-12,0	-12,8	-0,2	-5,7	-5,8
Nichtfaktordienstleistungen	-1,1	-7,4	-8,5	-0,4	-3,2	-3,6
darunter:						
Tourismus	.	-4,4	.	-	-1,9	.
Faktordienstleistungen	0,3	-4,6	-4,4	0,2	-2,5	-2,2
Zinsforderungen	0,3	0,5	0,8	0,2	0,4	0,6
Fällige Zinsen	-	-5,2	-5,2	-	-2,9	-2,9
Transfers	0,9	0,8	1,6	0,3	0,4	0,7
Saldo der Leistungsbilanz	2,8	0,6	3,4	1,9	0,9	2,9
Staatliche Kredite	0,3	-12,3	-11,9	0,3	-5,0	-4,8
Zugang	-0,2	2,5	2,3	0,0	0,9	0,8
Tilgungsverpflichtungen	0,6	-14,8	-14,2	0,3	-5,9	-5,7
Sonstiger langfristiger Kapitalverkehr	0,0	-1,1	-1,1	-0,2	0,8	0,7
Kurzfristiger Kapitalverkehr	2,6	-9,8	-7,2	-0,2	1,9	1,7
darunter:						
Bardevisen bei Nichtbanken	-	-7,2	-7,2	-	-1,4	-1,4
Saldo der Kapitalverkehrsbilanz	2,9	-23,1	-20,2	-0,1	-2,3	-2,4
Statistisch nicht aufliegenderbare						
Transaktionen	-1,9	3,3	1,4	0,5	-0,1	0,4
Zahlungsrückstände	-3,9	2,8	-1,0	0,4	-6,2	-5,9
Umschuldung	-0,1	12,4	12,4	-2,7	11,8	9,1
Veränderung der						
Nettoauslandsposition der Zentralbank	0,1	3,9	4,0	0,0	-4,3	-4,2
darunter:						
Verbindlichkeiten gegenüber dem IWF	-	1,5	1,5	-	1,7	1,7
Finanzierung	-3,9	19,2	15,3	-2,3	1,3	-0,9

Quelle: Unveröffentlichte Unterlagen des Internationalen Währungsfonds, eigene Schätzungen.

rend im Gesamtjahr 1994 noch ein Netto-Abfluß von 7 Mrd. Dollar zu verzeichnen war, wurde im ersten Halbjahr 1995 ein Zufluß von 2 Mrd. Dollar erzielt. Diese Entwicklung geht vermutlich zum einen darauf zurück, daß sich die Rentabilität kurzfristiger Geldanlagen bei Banken durch die positiven Realzinsen verbessert hat. Zum anderen hat offenbar die Dollarisierung der russischen Wirtschaft wegen der niedrigeren Inflationsraten nicht weiter zugenommen. 1994 nahmen die Bardevisen bei Nichtbanken noch um 7 Mrd. Dollar zu; im ersten Halbjahr 1995 lag der Zuwachs per saldo nur noch bei gut 1 Mrd. Dollar. Dieser Zuwachs fand zudem ausschließlich im ersten Quartal statt, während im

zweiten Quartal die Bardevisen bei Nichtbanken sogar leicht zurückgingen.

Der russische Außenhandel mit den GUS-Ländern hat sich ebenfalls im ersten Halbjahr 1995 stabilisiert. Sowohl bei Exporten als auch bei Importen wurde etwa die Hälfte der Werte für das Gesamtjahr 1994 erreicht. Der Handel mit Drittländern nahm gegenüber dem Vorjahr offenbar leicht zu.¹⁸ Bei der Ausfuhr dürfte hierzu die weitere Liberalisierung von Rohstoffexporten beigetragen haben. Die Importe wurden durch die reale Aufwertung des Rubels im Vergleich zum Vorjahr begünstigt. Dem Handelsbilanzüberschuß von 8 Mrd. Dollar stand ein Dienstleistungsbilanzdefizit von 6 Mrd. Dollar

gegenüber. Dieses Defizit kam vor allem durch die fälligen Zinszahlungen und die Ausgaben russischer Touristen im Ausland zustande.

Rechnerisch hätte der Leistungsbilanzüberschuß von knapp 3 Mrd. Dollar im ersten Halbjahr 1995 ausgereicht, um das Defizit der Kapitalverkehrsbilanz in Höhe von gut 2 Mrd. Dollar abzudecken. Allerdings ist Rußland weder seinen Schuldendienstverpflichtungen in voller Höhe nachgekommen, noch hat es als Gläubiger Schuldendienst in der vereinbarten Höhe erhalten. Offiziell umgeschuldet oder gestundet wurden im ersten Halbjahr 1995 Beträge in Höhe von netto 9 Mrd. Dollar zugunsten Rußlands; gleichzeitig konnte Rußland irreguläre Zahlungsrückstände von netto 6 Mrd. Dollar ausgleichen, und die Nettoauslandsposition der Zentralbank erhöhte sich um 4 Mrd. Dollar. Die tatsächlich geleisteten Schuldendienstzahlungen an Drittländer beliefen sich lediglich auf netto 2 Mrd. Dollar.¹⁹ Selbst diesen niedrigen Betrag — gemessen etwa am Handelsbilanzüberschuß — konnte die russische Regierung nur schwer aufbringen. Dies verdeutlicht, daß die Bedienung der russischen Auslandsschuld vor allem ein fiskalisches Problem des Staates und weniger ein Transferproblem der Volkswirtschaft an sich darstellt. Mit den im Londoner Club zusammengeschlossenen Banken hat Rußland im November 1995 ein langfristiges Umschuldungsabkommen erreicht; mit den im Pariser Club zusammengeschlossenen offiziellen Kreditgebern wird ein ähnliches Abkommen in Kürze erwartet. Durch diese Abkommen wird Rußland kurzfristig stark entlastet (vgl. Teil II des siebenten Rußlandberichts).

2. Wechselkurspolitik

Erstmals seit der Vereinheitlichung der Wechselkurse Mitte 1992 haben Regierung und Zentralbank am 6. Juli 1995 einen Wechselkurskorridor mit einer Bandbreite von 4 300 bis 4 900 Rubel zum Dollar eingeführt. Der Korridor sollte zunächst nur bis zum 1. Oktober 1995 gelten, am 24. August wurde die Gültigkeit jedoch bis zum 31. Dezember 1995 verlängert. Seit der Einführung ist eine deutliche Stabilisierung des Rubel-

kurses zu beobachten. Im Juli und August 1995 schwankte der Kurs zwischen 4 405 und 4 581 Rubel zum Dollar, im September und Oktober nur noch zwischen 4 445 und 4 505 Rubel. Seit der Einführung des Währungskorridors hat sich die reale Aufwertung verstärkt; gegenüber dem Dollar wertete der Rubel von Anfang Juli und bis Ende Oktober real um fast 20 vH auf (Schaubild 3).

Bereits im Vorfeld der Einführung des Korridors konnten Zentralbank und Regierung ihre Devisenreserven stark erhöhen. Von Ende März bis Ende Juni 1995 stiegen die Nettoauslandsaktiva der Zentralbank von 5 Mrd. auf 11,3 Mrd. Dollar; im gleichen Zeitraum stiegen die internationalen Nettoreserven von Zentralbank und Regierung²⁰ von 4,1 Mrd. auf 10,2 Mrd. Dollar. Die Interventionen der Zentralbank am Devisenmarkt dämpften die reale Aufwertungstendenz des Rubels. Die Zentralbank mußte bislang ihre Devisenreserven nicht einsetzen, weil der Kurs nur gegen einen Aufwertungs- und nicht gegen einen Abwertungsdruck gehalten werden mußte.

Den Devisenkäufen der Zentralbank stand eine entsprechende Ausweitung der Rubelgeldmenge gegenüber. Eine Sterilisierung der zusätzlichen Rubel etwa durch den Verkauf von Staatsanleihen wäre bei den gegenwärtigen Realzinsen mit sehr hohen Kosten, fast in Höhe des zu sterilisierenden Betrags, verbunden. Auch einer Verringerung von Zentralbankkrediten an Regierung und Geschäftsbanken zur Kompensation der Devisenkäufe sind Grenzen gesetzt. Bislang ging die Expansion der Geldmenge mit einem Rückgang der Umlaufgeschwindigkeit einher; bei einem anhaltenden Aufwertungsdruck könnte die mit den Dollarkäufen der Zentralbank verbundene Ausweitung der Rubelgeldmenge jedoch zu einer Beschleunigung der Inflation beitragen.

Der Wechselkurskorridor bildet einen Kompromiß zwischen fixen und flexiblen Wechselkursen. Angesichts der großen Bandbreite bestehen erhebliche Spielräume für Kursschwankungen. Für 1996 ist eine Verengung des Währungsbandes in der Diskussion.²¹ Auch die zunehmende, durch Interventionen der Zentralbank gestützte Stabilisierung des Rubelkurses spricht dafür, daß derartige Pläne verfolgt werden. Bei

einer starken Verengung des Korridors ergeben sich ähnliche Effekte wie bei einer Wechselkursfixierung. Die Fixierung des Wechselkurses wird — neben der Transaktionskostensparnis durch den Wegfall von Kursschwankungen — vor allem mit ihrer Bedeutung für die Inflationsbekämpfung begründet. Tatsächlich zeigen die Erfahrungen in anderen Transformationsländern und einer Reihe von Marktwirtschaften, daß hohe und sehr hohe Inflationsraten durch wechselkursgestützte Stabilisierungsprogramme schneller als allein durch geld- und fiskalpolitische Maßnahmen zurückgeführt werden können.²² Durch die Bindung des Wechselkurses wird das Preisniveau für handelbare Güter unmittelbar stabilisiert und auch eine Preisdämpfung bei nichthandelbaren Gütern bewirkt.

Eine solche Stabilisierungsstrategie kann nur erfolgreich sein, wenn die Geldpolitik dem Ziel der Währungsstabilisierung untergeordnet und eine inflationäre Finanzierung von Haushaltsdefiziten vermieden wird. Ein Wechselkursanker dürfte in Hochinflationenländern u.a. deshalb wirksamer als eine geldmengenorientierte Stabilisierungspolitik sein, weil sowohl die Umlaufgeschwindigkeit als auch der Geldschöpfungsmultiplikator bei hohen Inflationsraten starken und schwer vorhersehbaren Schwankungen ausgesetzt sind. Vor allem kann aber durch eine wechselkursgestützte Stabilisierungsstrategie eine Senkung der Inflationsraten mit sehr viel niedrigeren Realzinsen und realwirtschaftlichen Kosten als bei einer allein geldmengengestützten Strategie erreicht werden.²³ Bei einer glaubwürdigen Fixierung der Wechselkurse ist der ausländische Nominalzins die relevante Vergleichsgröße für Anleger, so daß sich unter Berücksichtigung der Risikoprämie eine Tendenz zum Abbau der Nominalzinsdifferenz ergibt.

Den Vorteilen einer wechselkursgestützten Stabilisierung steht das Risiko gegenüber, daß

sich bei anhaltender Inflation durch eine reale Aufwertung der Währung die Leistungsbilanz verschlechtert, wodurch wiederum ein starker Devisenabfluß und eine Zahlungsbilanzkrise ausgelöst werden können.²⁴ Auch bei einer stabilitätsorientierten Geld- und Fiskalpolitik gelingt es erfahrungsgemäß nicht, die Inflation auf das Niveau der Ankerwährung zu senken. Dies kann auf verschiedene Ursachen wie rückwärtsgerichtete Indexierung von Löhnen und anderen langfristigen Verträgen, ungebrochene Inflationserwartungen und eine zu geringe Glaubwürdigkeit der Geld- und Fiskalpolitik zurückgeführt werden. Um eine Gefährdung der Stabilisierung durch die Lohnentwicklung auszuschließen, wurde in einer Reihe von Wechselkursstabilisierungsprogrammen der Wechselkursanker zusätzlich durch einen Nominallohnanker unterstützt. Auch dann bleibt in der Regel eine Inflationsdifferenz zur Ankerwährung und damit das Risiko einer Zahlungsbilanzkrise bestehen. Dieses Risiko kann vermindert werden, wenn zu angekündigten nominalen Abwertungen entsprechend der angestrebten Inflationsrate (pre-announced crawling-peg) übergegangen wird (Dornbusch 1992: 28.).

Der Erfolg der wechselkursgestützten Stabilisierung in Rußland wird maßgeblich davon abhängen, ob die Geld- und Fiskalpolitik den Korridor unterstützt. In einer Situation starker Devisenzuflüsse bestehen Spielräume für Zinssenkungen, ohne daß die Glaubwürdigkeit des Wechselkurskorridors gefährdet wird. Da auch unter günstigen Annahmen über die geld- und fiskalpolitische Entwicklung eine Inflationsdifferenz zur Ankerwährung bestehen bleiben wird, ist es in der Tat zweckmäßig, bei einer Verengung des Korridors nominale Abwertungen in regelmäßigen und vorher angekündigten Schritten vorzunehmen, um eine weitere reale Aufwertung zu vermeiden.

IV. Ordnungspolitik

Nachdem die Privatisierung über unentgeltliche Schecks im Sommer 1994 beendet worden war und mit Beginn der zweiten Etappe die Privati-

sierung auf dem Verkauf von Unternehmen bzw. Unternehmensanteilen beruht, kommt die Privatisierung nur noch langsam voran. In den ersten

sieben Monaten 1995 wurden lediglich 5 665 Unternehmen privatisiert (1994: 21 905); der überwiegende Teil der privatisierten Unternehmen sind kleine und mittlere Handels- und Dienstleistungsbetriebe. Ein Fünftel sind Industriebetriebe. In der Landwirtschaft wird die Privatisierung durch die noch unzureichende Bodengesetzgebung behindert. Regionale Schwerpunkte der Privatisierung lagen mit insgesamt 10 vH der privatisierten Unternehmen im Oblast' Moskau sowie in der Stadt Moskau (Goskomstat Rossii 1995e: 139 f.).

Nahezu 4 000 (71 vH) der von Januar bis Juli 1995 (teil-)privatisierten Unternehmen bzw. Unternehmensaktiva wurden auf dem Weg von Auktionen, Tendern, z.T. in Verbindung mit Investitionszusagen, sowie durch den Verkauf an ehemalige Pächter privatisiert; bei drei Vierteln der Unternehmen gelang der vollständige Verkauf (Tabelle 14). In den 1995 bislang durch Direktverkauf (teil-)privatisierten Unternehmen waren nur rund 79 000 Arbeitnehmer angestellt. Beschäftigungsgarantien durch Käufer wurden in 29 vH der verkauften Unternehmen gegeben. Insgesamt hat sich das Tempo der Privatisierung im Jahresverlauf 1995 im Vergleich zum Vorjahr, als noch über 12 000 Unternehmen durch

Direktverkauf veräußert werden konnten, verlangsamt.

Bei den restlichen (1 667) privatisierten Unternehmen handelt es sich um mittlere und große Unternehmen mit rund 864 000 Beschäftigten. Sie wurden in Aktiengesellschaften umgewandelt. Von den angebotenen Aktien konnte nur etwa ein Drittel vollständig verkauft werden (Tabelle 14). Dabei ist zu berücksichtigen, daß Unternehmen in strategisch bedeutsamen Branchen ohnehin zunächst nur teilprivatisiert werden. Der Staat hält an 448 der im Zeitraum Januar bis Juli 1995 in Aktiengesellschaften umgewandelten Unternehmen, also an mehr als einem Viertel, eine Sperrminorität.²⁵ In weiteren 275 der umgewandelten Unternehmen kann der Staat durch ein Vetorecht („goldene Aktie“) Einfluß auf Unternehmensentscheidungen ausüben (Goskomstat Rossii 1995e: 143).

Im Zeitraum Januar bis Juli 1995 wurden im Zuge der Umwandlung in Aktiengesellschaften 37 vH der Aktien an die Belegschaften verkauft. Die Belegschaften und Unternehmensleitungen wählten von den drei Varianten einer Beteiligung, die ihnen laut Privatisierungsprogramm gewährt werden,²⁶ vermehrt die erste Variante, nach der die Belegschaften bis zu 35 vH des Grundkapitals teilweise gratis erhalten können. Auf diese Variante entfielen 40 vH (1994: 28 vH) der Fälle. Die zweite Variante, die den Kauf eines Aktienkontrollpakets mit 51 vH der stimmberechtigten Aktien vorsieht und die im Rahmen der Scheckprivatisierung bevorzugt wurde, wurde nur noch in 45 vH der Fälle wahrgenommen. Die dritte Variante, d.h. die Beteiligung des Managements, kam kaum zur Anwendung. Die vermehrte Inanspruchnahme der ersten Variante, die zumindest teilweise eine Gratisübertragung von Aktien vorsieht, spiegelt die Schwierigkeiten der Arbeitnehmer wider, die notwendigen finanziellen Mittel für einen Aktienwerb aufzubringen. Allerdings wurden in einer Vielzahl von Fällen die an die Beschäftigten verkauften Anteile angeblich durch Einnahmen des zu privatisierenden Betriebs beglichen (Goskomstat Rossii 1995e: 114). Damit scheint sich die Tendenz fortzusetzen, daß das Management den Aktienwerb seiner Belegschaft fördert, um später selbst die Belegschaftsaktien zu erwerben und seine

Tabelle 14 — Anzahl privatisierter Unternehmen 1994 und 1995

	1994	Januar bis Juli 1995			
		nach Eigentumsformen			
		Unternehmen insgesamt	Gemeindeeigentum	Eigentum der Föderations-subjekte	föderatives Eigentum
Privatisierte Unternehmen	21905	5665	3828	780	1057
davon:					
Direktverkauf	12091	3998	3495	242	261
darunter:					
vollständig verkauft	8557	2964	2580	185	199
Gründung von Aktiengesellschaften	9814	1667	333	538	796
darunter:					
alle angebotenen Aktien verkauft	3061	568	94	173	301

Quelle: *Delovoj mir* vom 10. März 1995: 4, Goskomstat Rossii (1995e: 140).

Position gegenüber externen Interessenten zu festigen; hierfür wird zunächst sogar eine ineffiziente Verwendung der Einnahmen in Kauf genommen.

Es war vorgesehen, 28 vH der Aktien an Unternehmensexterne zu veräußern. Dies gelang nicht. Von den zum freien Verkauf angebotenen Aktien fanden nur 60 vH einen Käufer, darunter die Hälfte auf Privatisierungsauktionen. Durch Investitionstender wurden nur 4 vH der Aktien veräußert. Die erhofften Investitionszusagen von ohnehin nur rd. 60 Mrd. Rubel haben sich bis Ende Juli nur zu rd. 29 vH erfüllt (Goskomstat Rossii 1995e: 145). Das Ziel der zweiten Privatisierungsetappe, strategische Investoren zu gewinnen, wurde also bislang weit verfehlt. Ein Grund dürfte darin bestehen, daß teilweise Aktien unattraktiver Unternehmen angeboten wurden. Ein weiterer Grund war die staatliche Beteiligung an den Unternehmen, die es Investoren erschwert, mit einem Aktienpaket zugleich einen maßgeblichen Einfluß auf die Unternehmensentscheidungen auszuüben. Die insgesamt geringe Beteiligung an den Aktienverkäufen ist auch auf das geringe Interesse der Bevölkerung am Aktienwerb zurückzuführen. Es dürfte auch eine Rolle gespielt haben, daß die Mitbestimmungsrechte privater Aktionäre nur unzureichend gesichert waren. Ende Juli wurde daher ein Gesetz erlassen, das die Stellung der Aktionäre verbessert (*Ekonomika i zizn'* 1995b: 33). Das bislang geringe Interesse, Unternehmensanteile zu halten, spiegelte sich auch in den tendenziell sinkenden Kursen auf dem Aktienmarkt wider.

Im Jahresverlauf 1995 konnten die geplanten Privatisierungserlöse nicht realisiert werden. Zwischen Januar und Juli 1995 wurden nur Erlöse in Höhe von 1,3 Billionen Rubel erzielt; für das Gesamtjahr 1995 wurden über 9 Billionen Rubel erwartet. Die Kommunen erhielten von den erzielten Einnahmen 40 vH; in das föderale Budget flossen nur 12 vH der Einnahmen (Tabelle 15).²⁷ Um die föderalen Einnahmen aus der Privatisierung zu erhöhen, waren bereits im Frühling 1995 Maßnahmen ergriffen worden (Gosudarstvennyj komitet Rossijskoj Federacii po upravleniju gosudarstvennym imuscestvom 1994b: 99 ff.). So wurde der Verteilungsschlüssel für die Einnahmen aus der Privatisierung von

Unternehmen in föderalem Eigentum zugunsten des Zentralhaushalts verändert. Diesem flossen aber keine zusätzlichen Einnahmen zu, da im Jahresverlauf nur relativ wenige föderale Unternehmen privatisiert werden konnten. Eine Erhöhung der Einnahmen sollte auch durch vermehrte Grundstücksverkäufe erreicht werden. Da die Preise für Grundstücke als prohibitiv hoch galten, wurden sie gesenkt. Allerdings blieb aufgrund der noch unzureichenden gesetzlichen Regelungen das Interesse an Grundstückskäufen gering.²⁸ Des weiteren wurde die Liste jener Unternehmen, die in staatlichem Eigentum bleiben sollten, verkürzt. Staatliche Anteile an Unternehmen, die nun nicht mehr einem Privatisierungsvorbehalt unterlagen, sollten bereits in den Sommermonaten zum Verkauf angeboten werden. Die Auswahl der Unternehmen hat sich jedoch bis zum Spätsommer verzögert und umfangreiche Verkäufe von Anteilen an den 136 ausgewählten Unternehmen, darunter auch Energieunternehmen, sind erst für das Jahresende vorgesehen (*Ekonomika i zizn'* Nr. 35 aus 1995, Beilage: 35 f.). Es wird erwartet, daß sich Ausländer, die sich im Jahresverlauf nur zögerlich an der Privatisierung beteiligt hatten, dann stärker engagieren werden. Es ist es aber unwahrscheinlich, daß die erhofften Einnahmen tatsächlich noch 1995 realisiert werden können.²⁹

Tabelle 15 — Verteilung der Privatisierungserlöse 1994 und 1995

	1994 Januar–November	1995 Januar–Juli	
	vH	Mrd. Rubel	
Privatisierungserlöse	100	100	1337
darunter an:			
Kommunen	40	40	536
Föderationssubjekte	21	15	199
Föderation	13	12	159
Privatisierungsorgane	20	16	218
Sonstige	6	17	225

Quelle: Goskomstat Rossii (1995a: 82 f.; 1995e: 147).

Um die Einnahmen für das föderale Budget bis zum Jahresende dennoch zu erhöhen, beabsichtigt der Staat, Kredite aufzunehmen und dafür Aktienpakete als Pfand zu hinterlegen (*Ekonomika i zizn'* Nr. 37 aus 1995, Beilage: 19). Hiervon sind 29 Unternehmen betroffen.³⁰ Die

Kredite sollen auf Auktionen vergeben werden. Es ist ein Gesamtvolumen der Kredite in Höhe von 3 Billionen Rubel vorgesehen. Der vom Kreditgeber eingeräumte Rubelkredit wird in Ecu umgerechnet und die errechnete Kreditsumme bis zum Jahresende mit 0,5% p.a. über dem Interbankenzinssatz (Libor) verzinst. Ab dem 1. Januar 1996 entfällt die Verzinsung. Ist der Kredit bis dahin nicht getilgt, können die als Pfand gehaltenen Anteile innerhalb von drei Jahren weiterverkauft werden. Bei der Veräußerung erhält der Kreditgeber einen Anteil in Höhe von 30 vH der Differenz zwischen dem Verkaufserlös und dem Kreditbetrag. Verkauft der Kreditgeber sein Pfand nicht, so hat er im Verlauf der drei Jahre nur begrenzte Möglichkeiten, eine Umstrukturierung und Effizienzsteigerung aufgrund der ihm verpfändeten Unternehmensanteile einzuleiten; für grundlegende Unternehmensentscheidungen ist die Zustimmung des Staates notwendig. Das Halten von Unternehmensanteilen als Pfand ist insofern unattraktiv.³¹

Da die Privatisierung schleppend vorankommt, nimmt — gemessen an der Beschäftigung — der rein staatliche Sektor im Vergleich zu den Vorjahren langsamer ab. Gleichzeitig steigt die Bedeutung des „gemischten“ Sektors.³² Der rein private Sektor, in dem Ende 1994 rund 32 vH der Beschäftigten angestellt waren, wächst deshalb weniger aufgrund der Privatisierung ehemals staatlicher Unternehmen als vielmehr aufgrund von Neugründungen (Tabelle 16). Um den privaten Sektor zu stärken, sollen u.a. kleine Privatunternehmen gefördert werden. Durch das Gesetz zur Unterstützung kleiner Unternehmen (*Sobranie zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii* 1995b: 4470 ff.) werden die Abschreibungsmöglichkeiten und die Einschätzbarkeit der Steuerbelastung verbessert.³³

Wie in den vergangenen Jahren war das Wirtschaftsrecht lückenhaft und widersprüchlich und stellte daher ein entscheidendes Hindernis für die Wirtschaftsreformen dar. Dies hat sich mit dem neuen Zivilgesetzbuch, dessen erster Teil teilweise bereits Ende 1994 und im vollem Umfang

Tabelle 16 — Struktur der Beschäftigung nach Eigentumsformen 1990–1994

	1990	1991	1992	1993	1994
	1 000 Personen				
<i>Beschäftigte insgesamt</i>	75300	73800	72100	70900	70000
Staatlicher Sektor	62200	55700	49700	37600	32970
Gemischter Sektor	3000	7500	8400	12500	14000
Privater Sektor	9400	9800	13200	19900	22120
Sonstige	700	800	800	900	910
	vH der Gesamtbeschäftigung				
Staatlicher Sektor	82,6	75,5	68,9	53,0	47,1
Gemischter Sektor	4,0	10,2	11,7	17,6	20,0
Privater Sektor	12,5	13,3	18,3	28,1	31,6
Sonstige	0,9	1,1	1,1	1,3	1,3

Quelle: Goskomstat Rossii (1995g: 18), Mezgosudarstvennyi statisticeskij komitet Sodruzestva Nezavisimych Gosudarstv (1995: 65).

zum 1. Januar 1995 in Kraft trat, etwas gebessert (*Sobranie zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii* 1994: 4570 ff.). Das Zivilgesetzbuch verankert u.a. die Unantastbarkeit des Eigentums sowie die Vertragsfreiheit und definiert den Begriff der juristischen Person. Im Zuge der Einführung wurden bereits einige dem neuen Recht widersprechende Regelungen für ungültig erklärt. Eine weitere Ausarbeitung und Ergänzung des Zivilgesetzbuchs wurde im Jahresverlauf 1995 in Angriff genommen. Im Frühjahr wurde das Wettbewerbsgesetz und im Sommer das Antimonopolgesetz verändert; wichtige Begriffe (u.a. „Monopol“) wurden präzisiert und Verstöße gegen das Wettbewerbsgesetz mit höheren Strafen belegt (*Ekonomika i zizn'* 1995a: 28; *Rossijskaja gazeta* 1995a: 4 f.). Eine Überarbeitung des bislang kaum angewendeten Konkursrechts ist geplant. Die rechtlichen Regelungen zum Eigentum an Grund und Boden sollen ergänzt werden; ein Hypothekengesetz befindet sich noch in Vorbereitung und ein Kataster ist erst im Aufbau. Mit den neuen Rechtsgrundlagen ist zwar ein erster Schritt getan, das Wirtschaftsrecht wird jedoch nur an Glaubwürdigkeit gewinnen, wenn es künftig auch konsequent durchgesetzt wird.

V. Zusammenfassung und wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen

Auch im Jahr 1995 kam es in Rußland nicht zu einer realwirtschaftlichen Erholung. Das Jahr wird mit einem weiteren Rückgang des Bruttoinlandsprodukts abschließen, wenngleich dieser mit voraussichtlich 4 vH geringer ausfallen wird als im Vorjahr. Eine genauere Betrachtung der Industriebranchen zeigt, daß erste Produktionszuwächse vornehmlich in der Grundstoffindustrie zu verzeichnen sind, so bei Eisen und Stahl, NE-Metallurgie und Chemie bzw. Petrochemie. Dahinter verbergen sich vor allen Dingen gestiegene Exporte. Anlaß zu Bedenken geben der erneut starke Rückgang der Investitionstätigkeit und die massiven Produktionseinbrüche bei langlebigen Konsumgütern. Ungebrochen ist auch der Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion. Die Getreideernte fiel 1995 katastrophal aus.

Vielfach werden besondere Hoffnungen an den Rückgang der Inflation geknüpft. Die monatliche Steigerungsrate der Verbraucherpreise sank im Verlauf des Jahres 1995 stetig und lag bis zuletzt unter 5 vH; sie begann vor allen Dingen nicht, wie noch 1994, im Herbst wieder anzusteigen. Allerdings ist auch damit der Bereich sehr hoher Inflation noch nicht verlassen worden. Die Arbeitslosenquote stieg weiter leicht an und dürfte derzeit bei etwa 8 vH liegen (Berechnungsmethode der ILO). Bemerkenswert ist die Entwicklung der Reallöhne. Sie sanken nach den verfügbaren Daten im bisherigen Verlauf des Jahres 1995 um knapp 30 vH. Insofern kam es zu einer beträchtlichen Kostenentlastung für die Unternehmen.

Das Haushaltsdefizit lag im Verlauf des Jahres 1995 unter 3 vH des BIP und damit sogar noch beträchtlich unter den Vorgaben des Internationalen Währungsfonds. Das niedrige Defizit wurde allerdings nur dadurch erreicht, daß trotz stark rückläufiger Staatseinnahmen, insbesondere ausbleibender Privatisierungserlöse, die Staatsausgaben drastisch gesenkt wurden. Bedenklich an dieser Art von Haushaltskonsolidierung ist, daß durch die Ausgabenkürzungen die

öffentlichen Investitionen getroffen wurden und sich ein hoher Bestand an Zahlungsrückständen der Unternehmen und des Staates aufgebaut hat. Positiv ist zu vermerken, daß der überwiegende Teil des Defizits nicht durch die Zentralbank, sondern über den Kapitalmarkt finanziert wurde.

Die exorbitant hohen Realzinsen haben die Investitionstätigkeit wesentlich beeinträchtigt. Die restriktive Geldpolitik hat zwar zur Inflations-senkung beigetragen, zugleich jedoch gab sie den Unternehmen keine Möglichkeit, die zur Bedienung von Krediten nötigen Erträge zu erwirtschaften. Es kann daher nicht verwundern, daß der Anteil notleidender Kredite rapide anstieg und eine Liquiditätskrise im Bankensektor entstand. Die hohen Realzinsen mögen auf der einen Seite zwar ein frühes Scheitern der zur Jahresmitte 1995 begonnenen Wechselkursstabilisierung verhindert haben. Sie erlaubten sogar den schnellen Aufbau hoher Devisenreserven. Auf der anderen Seite gehen mit dieser Politik aber beträchtliche Risiken einher. Im Ausmaß des Devisenzuflusses bei relativ festen Wechselkursen kommt es zu einer Ausdehnung der Geldmenge, die neuerliche Inflationsgefahren hervorruft bzw. die nur zu hohen Kosten neutralisiert werden kann.

Die Privatisierung lieferte nicht den angestrebten Beitrag zur Belebung der Wirtschaft. Sie geht schon seit über einem Jahr nur noch langsam voran. Vor allen Dingen wurde bislang ein zentrales Ziel der Privatisierung, die Heranziehung kapitalkräftiger Investoren, verfehlt. Ebenso blieben die Privatisierungserlöse weit hinter den Erwartungen zurück. Wenn trotz der zäh verlaufenden Privatisierung der private Sektor weiter wächst, so ist dies eher auf Neugründungen von Unternehmen zurückzuführen. Der aus dem Bankensektor stammende Vorschlag, der Regierung gegen Aktien (als Pfand) Kredite zu geben, konnte wegen Liquiditätsengpässen im Bankensektor bisher nur ansatzweise verwirklicht werden.

In der gegenwärtigen Situation ist es dringend geboten, vorhandene Spielräume für Nominalzinssenkungen der Zentralbank schrittweise zu nutzen. Damit wird eine wichtige Voraussetzung geschaffen, um die Wirtschaft zu beleben und vor allem Investitionen anzuregen, ohne zugleich die Glaubwürdigkeit des neuen Wechselkurskorridors zu beeinträchtigen. Die Einhaltung dieses Wechselkursziels wird maßgeblich darüber entscheiden, ob die Stabilisierungsansätze Bestand haben, Entscheidungsträger ihre Planungshorizonte verlängern und Investitionsrisiken verringert werden können. Offenbar wollen Regierung und Zentralbank ein Wechselkursziel beibehalten. Dies erfordert, daß Geld-, Fiskal- und Lohnpolitik in den Dienst der Wechselkursstabilisierung gestellt werden und mit ihr kompatibel sind. Es muß betont werden, daß auch dieser Weg keineswegs frei von Risiken ist. Dazu gehört die Gefahr, daß eine zu rasche Nominalzinssenkung von den Akteuren zum Anlaß genommen wird, die Glaubwürdigkeit des Wechselkursziels zu testen. Zudem ist nicht auszuschließen, daß reale Aufwertungstendenzen ungebrochen bleiben, heimische Industriezweige noch stärker unter Wettbewerbsdruck von Importen geraten und die Wettbewerbsfähigkeit der russischen Exporte einschließlich der bislang noch nicht gefährdeten Rohstoffexporte weiter beeinträchtigt wird. Diese Risiken sind allerdings zum gegenwärtigen Zeitpunkt geringer einzuschätzen als die Risiken einer Geldmengensteuerung, die, um glaubwürdig zu sein, extrem hohe Realzinsen in Kauf nimmt. Sollten die aus dem Wechselkurs entstehenden Risiken zunehmen, so wäre ein Übergang zu einer gleitenden Paritätsanpassung (crawling peg) angemessen.

Die Finanzpolitik wird durch Nominalzinssenkungen insofern entlastet, als die Bedienung der Staatsschuld erleichtert wird. Die Aufgabe der Finanzpolitik sollte gegenwärtig vor allem darin bestehen, die Einnahmenseite des Staatshaushalts zu stärken, um den Spielraum für investive

Staatsausgaben zu erweitern. Dazu ist keineswegs eine Erhöhung der Steuersätze erforderlich; es genügt, für eine Reduzierung des extremen Ausmaßes an Steuerhinterziehung zu sorgen. Damit würden auch gleiche Wettbewerbsbedingungen auf der Unternehmensebene geschaffen. Die für die Belebung der Wirtschaft günstigen Bedingungen — Zinssenkungen und größere Spielräume für investive Staatsausgaben — sollten durch die Lohnpolitik nicht beeinträchtigt werden. Künftige Lohnerhöhungen dürfen nicht zu einer weiteren realen Aufwertung des Rubels beitragen.

Die exogenen Bedingungen spielen für Rußlands Chancen, zu einer Trendwende zu gelangen, eine wichtige Rolle. Dies läßt sich aus der Bedeutung der Exportnachfrage nach Rohstoffen und rohstoffnahen Erzeugnissen für den Belebungsprozeß ersehen. Für 1996 bestehen Zweifel, ob diese günstigen Bedingungen auf der Nachfrageseite gegeben bleiben. Zum einen kann eine konjunkturelle Beruhigung in den OECD-Staaten eintreten, zum anderen dürfte die Schubwirkung der russischen Exportliberalisierung nachlassen. Damit könnte der hohe Handelsbilanzüberschuß schnell schrumpfen. Sollten sich die exogenen Bedingungen verschlechtern, so fällt die Aufgabe der Belebung mehr als noch 1995 dem Binnensektor zu.

Innerhalb wie außerhalb Rußlands macht sich Optimismus hinsichtlich einer erstmaligen wirtschaftlichen Erholung im Jahr 1996 breit. So rechnen beispielsweise OECD und Internationaler Währungsfonds mit einem leichten Zuwachs des BIP. Diese Chance ist zwar gegeben. Verglichen mit den mitteleuropäischen Transformationsländern sind die Risiken in Rußland aber nach wie vor beträchtlich. Wenn die gebotenen Maßnahmen der Geld-, Fiskal-, Lohn- und Wechselkurspolitik nicht in die Tat umgesetzt werden, ist eine Stagnation oder sogar ein nochmaliger Rückgang des Sozialprodukts im Jahr 1996 nicht auszuschließen.

Endnoten

- 1 Wie in der Vergangenheit sind auch in diesem Jahr Zweifel an der Qualität der statistischen Berichterstattung angebracht. Zum einen unterschätzen die offiziellen Statistiken die Dynamik des Privatsektors, zum anderen weisen die Unternehmen ihre Gewinne zwecks Steuervermeidung nicht vollständig aus. Daraus ergeben sich nach Berechnungen einer gemeinsamen Arbeitsgruppe des russischen Staatskomitees für Statistik (Goskomstat) und der Weltbank geringere Rückgänge des BIP als offiziell ausgewiesen wurden (Tabelle 1) (Fedorova 1995). Größere Abweichungen zwischen den offiziellen Daten und den neuen Berechnungen sind allerdings nur bei den Angaben für die Bauwirtschaft und den Dienstleistungssektor zu erkennen, wo private Aktivitäten besonders bedeutend sind. Dagegen gibt es bei der Produktionsleistung der Landwirtschaft und der Industrie keine wesentlichen Veränderungen. Zudem werden die Diskrepanzen im Zeitablauf geringer. Eine grundsätzliche Neubewertung der Wirtschaftsentwicklung ist aufgrund dieser Neuberechnungen nicht erforderlich. Vgl. hierzu auch Schrettl und Weißenburger (1995: 103 ff.).
- 2 Vgl. hierzu DIW (1995a).
- 3 Zu den Eigenmitteln der Unternehmen werden in der russischen Statistik auch Investitionskredite der Geschäftsbanken an die Unternehmen gerechnet, deren Bedeutung allerdings gering ist.
- 4 Zur Entwicklung der Investitionen siehe auch DIW (1995b).
- 5 Der starke Anstieg der Beschäftigung in der Erdölförderung ist möglicherweise mit der Wiederinbetriebnahme stillgelegter Bohrlöcher in Verbindung zu bringen.
- 6 In diesen Berechnungen wird das Arbeitskräftepotential („ökonomisch aktive Bevölkerung“) der tatsächlichen Beschäftigtenzahl gegenübergestellt. Die Differenz wird als arbeitslos definiert.
- 7 Neben den Geldeinkommen beziehen die Haushalte Einkommen in Naturalform, z.B. aus der Bewirtschaftung von Gärten.
- 8 Die Angaben über die Entwicklung der öffentlichen Haushalte weichen je nach Quelle erheblich voneinander ab. Um die Vergleichbarkeit der Daten zu gewährleisten, wurden im folgenden — sofern nicht andere Quellen genannt werden — statistische Angaben des Internationalen Währungsfonds zugrunde gelegt.
- 9 Unter den Begriff „konsolidierter Haushalt“ werden der Föderationshaushalt und die Haushalte der nachgeordneten Gebietskörperschaften gefaßt.
- 10 Die Haushaltsplanungen für 1995 sahen Einnahmen in der Größenordnung von etwa 19 vH des BIP vor. Vgl. DIW et al. (1995).
- 11 Vgl. Abschnitt IV.
- 12 Angaben über die im ersten Halbjahr 1995 entstandenen haushaltsrelevanten Kosten des Tschetschenien-Konflikts liegen nicht vor. Bis zum Jahresende sollen im Rahmen eines speziellen Aufbauprogramms Haushaltsmittel in Höhe von 4,2 Billionen Rubel fließen. Zusätzlich werden Haushaltsbelastungen durch die Kriegshandlungen in Höhe von mindestens 0,5 Billionen Rubel erwartet, so daß in der Summe etwa 5 Billionen Rubel veranschlagt werden (2 vH der geplanten Ausgaben für das Jahr 1995); inoffizielle Schätzungen erreichen allerdings ein Mehrfaches dieser Summe (*Rossijskaja gazeta* vom 15. September 1995).
- 13 Aufgrund dieser Struktur ist der Föderationshaushalt besonders von den Steuerrückständen betroffen; Ende Juli 1995 hatten die Steuerrückstände gegenüber dem Föderationshaushalt einen Anteil von etwa 60 vH der gesamten bekannten Steuerrückstände (Goskomstat Rossii 1995e: 87). Nach russischen Schätzungen hatten sich bis Anfang Oktober 1995 allein bei den Energieunternehmen Steuerschulden gegenüber dem Föderationshaushalt in Höhe von 11,5 Billionen Rubel aufgebaut (*vwd-Rußland* vom 14. Oktober 1995).
- 14 Nach Abschluß des Manuskripts wurde das Gesetz über den Föderationshaushalt vom Unterhaus des Parlaments in dritter Lesung verabschiedet. Die Bestätigung im Oberhaus, dem Föderationsrat, steht noch aus. Das Gesetz sieht ein Defizit von 88,55 Billionen Rubel vor, knapp 4 vH des erwarteten BIP.
- 15 In Reaktion auf die gesunkenen Inflationsraten hat die Zentralbank den Refinanzierungszinssatz am 19. Juni 1995 von 195 auf 180% p.a. und am 24. Oktober von 180 auf 170% gesenkt. Nach Abschluß des Manuskripts erfolgte zum 1. Dezember eine weitere Senkung auf 160%.
- 16 Eine höhere saisonal bedingte Nachfrage nach Liquidität hat zusätzlich zu einer Verschärfung der Krise beigetragen.
- 17 Parallel zu dem Anstieg der überfälligen Bankkredite hat auch das Volumen der Verschuldung zwischen Unternehmen im Verlauf des Jahres 1994 sowie im zweiten Quartal 1995 real zugenommen (Central'nyi bank Rossijskoj Federacii 1994, 1995b, 1995c).
- 18 Diese Beobachtungen werden auch durch vorläufige Angaben über den Außenhandel in den ersten acht Monaten des Jahres 1995 bestätigt.
- 19 Das heißt: nach Abzug des von Rußland tatsächlich erhaltenen Schuldendienstes. Der Betrag errechnet sich als Summe der Posten Faktordienstleistungen, staatliche Kredite, Zahlungsrückstände und Umschuldung. Eine analoge Rechnung für die GUS-Länder ist nicht möglich, da der Posten Umschuldung nach der Aggregation der Werte für das erste und zweite Quartal 1995 buchungstechnisch die Finanzierung von Importen einschließt.

- 20 Die internationalen Nettoreserven von Regierung und Zentralbank sind als Nettoreserven der Zentralbank plus kurzfristige Nettoforderungen der Regierung und regierungseigenen Institutionen wie der Außenwirtschaftsbank (Vneshekonombank) gegenüber dem Ausland definiert.
- 21 Nach Abschluß des Manuskripts wurde die Gültigkeit des Wechselkurskorridors bis Mitte 1996 verlängert. Zugleich wurde das Band in Richtung einer Abwertung des Rubels verschoben. Die neue, ab 1. Januar 1996 gültige Kursspanne von 4 550 bis 5 150 Rubel zum Dollar bedeutet eine prozentuale Verengung der Bandbreite.
- 22 Fixe Wechselkurse bzw. ein „crawling peg“, d.h. eine Abwertung des Wechselkurses in vorher angekündigten Schritten, haben Polen, Ungarn, Tschechien, die Slowakei und Kroatien eingeführt. Estland hat durch ein „currency board“ den Wechselkurs der Krone an die DM gebunden. Eine Übersicht geben Sahay und Végh (1995); vgl. auch Rebelo und Végh (1995) sowie Dornbusch (1992: 13–31).
- 23 So hat Estland eine Senkung der Inflationsrate auf unter 40 vH pro Jahr bei negativen bzw. nur geringfügig positiven Realzinsen erreicht.
- 24 Vgl. zu den Risiken einer wechselkursgestützten Stabilisierung Obstfeld (1995: 166–176) und Buch et al. (1995).
- 25 Im Russischen als „kontrollierendes“ Aktienpaket bezeichnet.
- 26 Die während der Scheckprivatisierung geltenden Varianten wurden mit Beginn der zweiten Etappe leicht verändert (Gosudarstvennyj komitet Rossijskoj Federacii po upravleniju gosudarstvennym imuscestvom 1994a: 17 ff.).
- 27 Die dem föderalen Haushalt zwischen Januar und August 1995 zugeflossenen Einnahmen aus der Privatisierung entsprachen nach internen Materialien des Finanzministeriums nur etwa 4 vH der für diesen Zeitraum erwarteten föderalen Einnahmen.
- 28 Der Verkauf von Boden erbrachte nur 1,5 vH der Privatisierungseinnahmen. Der größte Anteil der Einnahmen wurde durch die Veräußerung von Anteilen an Aktiengesellschaften (rund 37 vH) erzielt; Direktverkäufe von Unternehmen anderer Rechtsformen erbrachten rund 10 vH, Verkäufe verpachteter Unternehmen 19 vH und Immobilien 14 vH der Einnahmen (Goskomstat Rossii 1995e: 146).
- 29 Allein vom Verkauf einer Beteiligung an der russischen Telefongesellschaft (Svjaz'invest) werden noch 1995 Einnahmen in Höhe von 1,5 Billionen Rubel erwartet (*vwd-Rußland* vom 23. Oktober 1995: 2).
- 30 Die Verpfändung der staatlichen Anteile wurde zunächst von den betroffenen Unternehmen kritisiert und ihre Gesetzmäßigkeit von der Duma bezweifelt. Um das Vorhaben dennoch durchzuführen, hat der Präsident per Dekret die Entscheidungen über das staatliche Vermögen an sich gezogen (*Rossijskaja gazeta* vom 7. Oktober 1995b: 4).
- 31 An den Kreditauktionen sollen sich vor allem russische Banken beteiligen. Diese hatten im Frühjahr den Vorschlag eingebracht, Kredite gegen Pfand zu vergeben. Damals verfügten die Banken noch über Überschußreserven; mittlerweile ist ihre Liquidität jedoch gesunken. Grundsätzlich werden sich die Banken dann an den Kreditauktionen beteiligen, wenn sie aufgrund ihres Insiderwissens über die Rentabilität eines Unternehmens gut informiert sind und erwarten, daß sie die von ihnen zum Verkauf angebotenen Anteile zunächst selbst günstig erwerben und später zum tatsächlichen Marktpreis weiterveräußern können. Dabei dürfte eine Rolle spielen, inwieweit es ihnen gelingt, die Konkurrenz, u.a. durch ausländische Unternehmen, beim Verkauf der Aktien auszuschalten. Vorerst ist die Beteiligung ausländischer Unternehmen zwar noch nicht abschließend geregelt, jedoch sind Ausländer bereits von solchen Kreditauktionen ausgeschlossen, auf denen über 50 vH des Grundkapitals eines Unternehmens als Pfand angeboten werden (*Ekonomika i zizn'* Nr. 43 aus 1995: 7). Wenn ähnliche Einschränkungen auch beim Verkauf der Aktien zur Anwendung kommen, sind Einnahmeverluste für den Staat die Folge.
- 32 Der „gemischte“ Sektor umfaßt u.a. Kapitalgesellschaften mit staatlicher Minderheitsbeteiligung. Die Kriterien der Zurechnung zum gemischten Sektor werden in russischen Quellen nicht präzise erläutert.
- 33 Verändert sich die Steuergesetzgebung zuungunsten von kleinen Unternehmen, so werden diese in den ersten vier Jahren von der aus der Änderung resultierenden Mehrbelastung freigestellt.

Literatur

The Banker (1995). Russian eyes are smiling. September.

Buch, C.M., M.J. Koop, R. Schweickert und H. Wolf (1995). *Währungsreformen im Vergleich. Monetäre Strategien in Rußland, Weißrußland, Estland und der Ukraine*. Kieler Studien 270. Tübingen.

Centr ekonomiceskoj kon-junktury (1995). *Rossija — 1995: Ekonomiceskaja kon-junktura*. Moskau.

Central'nyj bank Rossijskoj Federacii (1994). *Bjulleten' bankovskoj statistiki* (verschiedene Ausgaben).

— (1995a). *Bjulleten' bankovskoj statistiki*, Nr. 4.

— (1995b). *Bulletin of Banking Statistics*, Nr. 4.

— (1995c). *Bulletin of Banking Statistics*, Nr. 6.

— (1995d). *Vestnik Banka Rossii*, Nr. 36.

— (1995e). *Vestnik Banka Rossii*, Nr. 38.

DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin) (1995a). Die Entwicklung der russischen Industrie im Jahre 1994. *DIW-Wochenbericht*, Nr. 20–21.

— (1995b). Investitionsfinanzierung im Transformationsprozeß: Der Konflikt zwischen monetärer Stabilisierung und Wachstumspolitik in den Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion. Gutachten im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft. Oktober, Berlin.

DIW et al. (1995). *Wirtschaftslage und Reformprozesse in Mittel- und Osteuropa: Sammelband 1995*. Berlin.

Dornbusch, R. (1992). Lessons from Experiences with High Inflation. *World Bank Economic Review* 6, Nr. 1: 13–31.

Ekonomika i zizn' (1995a). Zakon „O estestvennych monopolijach“. Nr. 28.

— (1995b). Ukaz Prezidenta Rossijskoj Federacii: „O dopolnitel'nych merach po obespečeniju prav akcionerov“. Nr. 33.

— (1995c). Ukaz Prezidenta Rossijskoj Federacii: „O porjadke peredaci v 1995 godu v zalog akcij, nachodjascichsja v federal'noj sobstvennosti“. Nr. 37, Beilage.

Fedorova, E. (1995). Ocenki VVP Rossii stali bolee nadeznymi. *Finansovye izvestija*, 29. September.

Goskomstat Rossii (Gosudarstvennyj komitet Rossijskoj Federacii po statistike) (1992a). *Narodnoe chozjajstvo Rossijskoj Federacii*. Moskau.

— (1992b). *Promyslennost' Rossijskoj Federacii*. Moskau.

— (1993a). *Rossijskaja Federacija v cifrach v 1992 godu*. Moskau.

— (1993b). *Social'no-ekonomiceskoe polozenie Rossijskoj Federacii v 1992 godu*. Moskau.

— (1993c). *Prognoz razvitija Rossijskoj ekonomiki v 1994 godu*. Moskau.

— (1994a). *Rossijskij statisticeskij ezegodnik*. Moskau.

— (1994b). *Social'no-ekonomiceskoe polozenie Rossii 1993 g.* Moskau.

— (1994c). *Social'no-ekonomiceskoe polozenie Rossii janvar' 1994*. Moskau.

- (1994d). *Social'no-ekonomiceskoe polozenie Rossii janvar'–fevral' 1994 g.* Moskau.
- (1994e). *Social'no-ekonomiceskoe polozenie Rossii janvar'–mart 1994 g.* Moskau.
- (1994f). *Social'no-ekonomiceskoe polozenie Rossii janvar'–aprel' 1994 g.* Moskau.
- (1994g). *Social'no-ekonomiceskoe polozenie Rossii janvar'–ijun' 1994 g.* Moskau.
- (1994h). *Social'no-ekonomiceskoe polozenie Rossii janvar'–ijul' 1994 g.* Moskau.
- (1994i). *Social'no-ekonomiceskoe polozenie Rossii janvar'–dekabr' 1994 g.* Moskau.
- (1995a). *Social'no-ekonomiceskoe polozenie Rossii 1994 g.* Moskau.
- (1995b). *Social'no-ekonomiceskoe polozenie Rossii janvar'–aprel' 1995 g.* Moskau.
- (1995c). *Social'no-ekonomiceskoe polozenie Rossii janvar'–ijun' 1995 g.* Moskau.
- (1995d). *Social'no-ekonomiceskoe polozenie Rossii janvar'–ijul' 1995 g.* Moskau.
- (1995e). *Social'no-ekonomiceskoe polozenie Rossii janvar'–avgust 1995 g.* Moskau.
- (1995f). *Ceny v Rossijskoj Federacii.* Moskau.
- (1995g). *Osnovnye pokazateli no statistike truda.* Moskau.
- (1995h). *Rossija v cifrach 1995.* Moskau.
- Gosudarstvennyj komitet Rossijskoj Federacii po upravleniju gosudarstvennym imuscestvom (1994a). Osnovnye polozenija gosudarstvennoj programmy privatizacii gosudarstvennyh i municipal'nyh predprijatij v Rossijskoj Federacii posle 1 ijulja 1994 goda. In Gosudarstvennyj komitet Rossijskoj Federacii po upravleniju gosudarstvennym imuscestvom (Hrsg.), *Privatizacija gosudarstvennyh i municipal'nyh predprijatij v Rossii.* Moskau.
- (1994b). Ukaz Prezidenta Rossijskoj Federacii: „O merach po obespečeniju garantirovannogo postuplenija v federal'nyj bjudzet dochodov ot privatizacii“. In Gosudarstvennyj komitet Rossijskoj Federacii po upravleniju gosudarstvennym imuscestvom (Hrsg.), *Privatizacija gosudarstvennyh i municipal'nyh predprijatij v Rossii.* Moskau.
- Government of the Russian Federation (1995a). *Russian Economic Trends. Monthly Update.* (August).
- (1995b). *Russian Economic Trends. Monthly Update.* (September).
- Granville, B. (1995). *Monetary Report* 69. Moskau.
- Izvestija* (1995). Zakon „O povysenii minimal'nogo razmera pensii, porjadke indeksacii i perezeceta pensij v RF“ und Zakon „O povysenii minimal'nogo razmera oplaty truda“. 2. November.
- Mezgosudarstvennyi statisticeskij komitet Sodruzestva Nezavisimych Gosudarstv (1995). *Ekonomika Sodruzestva Nezavisimych Gosudarstv v 1994 g.* Moskau.
- Ministerstvo Ekonomiki Rossijskoj Federacii (1993). *Ob itogach social'no-ekonomiceskogo razvitija Rossijskoj Federacii v 1992 godu.* Moskau.
- Obstfeld, M. (1995). International Currency Experience: New Lessons and Lessons Relearned. *Brookings Papers on Economic Activity*, Nr. 1: 166–176.
- OECD (Organisation for Economic Cooperation and Development) (1995). *OECD Economic Surveys: The Russian Federation.* Paris.
- Rebelo, S., und C. Végh (1995). Real Effects of Exchange-Rate-Based Stabilization: An Analysis of Competing Theories. CEPR Discussion Papers 1220. London.

- Rossijskaja gazeta* (1995a). O vnesenii izmenenij i dopolnenij v zakon RSFSR: 'O konkurencii i ogranichenii monopolisticeskoj dejatel'nosti na tovarnyh rynkach'. 30. Mai.
- (1995b). Ukaz Prezidenta Rossijskoj Federacii: „O porjadke prinjatija resenij ob upravlennii i rasporjazanii nachodjascimisja v federal'noj sobstvennosti akcijami“. 7. Oktober.
- Sahay, R., und C. Végh (1995). Inflation and Stabilization in Transition Economies: A Comparison with Market Economies. IMF Working Paper 95, 8. Washington, D.C.
- Schrettl, W., und U. Weißenburger (1995). Russia: Success Story or Collapse? In S. Ostry und G. Winham (Hrsg.), *The Halifax G-7 Summit: Issues on the Table*. Halifax.
- Sobranie zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii* (1994). Grazdanskij kodeks Rossijskoj Federacii. Cast' pervaja. Nr. 32.
- (1995a). Zakon „O vnesenii izmenenij i dopolnenij v Zakon RSFSR 'O Central'nom banke RSFSR (Banke Rossii)'“. Nr. 18.
- (1995b). Zakon „O gosudarstvennoj podderzke malogo predprinimatel'stva v Rossijskoj Federacii“. Nr. 25.
- Statisticskij Komitet Sodruzestva Nezavisimych Gosudarstv (1993). *Ekonomika sodruzestva nezavisimych gosudarstv*. Moskau.